



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

27. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)

4. Wahlperiode

Montag, 22. Dezember 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt**Feststellung der Tagesordnung
gemäß § 73 GO LT** 1520Gesetzentwurf der Landesregierung:
**Entwurf eines Gesetzes über die Fest-
stellung eines zweiten Nachtrags zum
Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003
(Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2003)**
(Erste Lesung)
– Drucksache 4/945 – 1520**Darstellung der Folgewirkungen für
die Haushaltsjahre 2004 und 2005** 1520
Ministerin Sigrid Keler 1520
Eckhardt Rehberg, CDU 1522, 1528, 1529
Sigrid Keler, SPD 1528, 1529
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff 1529
Rudolf Borchert, SPD 1532
Dr. Henning von Storch, CDU 1535
Angelika Gramkow, PDS 1537
B e s c h l u s s 1540**Nächste Sitzung**
Mittwoch, 28. Januar 2004 1540

Beginn: 12.02 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 27. Sitzung des Landtages. Die Landesregierung hat gemäß Paragraph 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung die heutige Dringlichkeitssitzung verlangt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 27. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 27. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, wollte ich eigentlich unserem Kollegen Harry Glawe zu seinem 50. Geburtstag nachträglich gratulieren, aber ich sehe ihn noch gar nicht. Vielleicht übermitteln wir das dann, wenn er da ist.

(Norbert Baunach, SPD: Vielleicht sehen wir ihn, dann unterbrechen wir die Sitzung.)

Ich rufe auf den **einzigsten Tagesordnungspunkt**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003, auf Drucksache 4/945, in Verbindung mit der Darstellung der Folgewirkungen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003
(Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2003)**
(Erste Lesung)

– **Drucksache 4/945** –

Darstellung der Folgewirkungen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005

Da Herr Kollege Glawe jetzt eingetroffen ist, nochmals nachträglich unseren herzlichsten Glückwunsch zum 50. Geburtstag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Das Wort zur Einbringung des Gesetzentwurfes hat die Finanzministerin Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! In letzter Zeit werde ich öfter gefragt, ob mir meine Arbeit noch Spaß macht. Ich antworte: Ja, aber das Jahr 2003 war das schwierigste in meiner Amtszeit.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich habe Ihnen hier im Parlament schon viele Haushalte und Nachträge vorgelegt, aber ich habe mich dabei noch nie so beunruhigt gefühlt wie heute. Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sind in einem dramatischen Ungleichgewicht. Dies ist durch die Novembersteuerschätzung in erschreckendem Ausmaß deutlich geworden.

Wir haben das dritte Jahr in Folge einen absoluten Rückgang der Steuereinnahmen zu verzeichnen. Die voraussichtlichen Einnahmen des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden in diesem Jahr unter dem Niveau des Jahres 1995 liegen. Das wiederum liegt nicht am Steueraufkommen bei uns, sondern an den überproportionalen Einbrüchen bei den steuerstarken westlichen Flächenlän-

dern. Die Ausgaben aber liegen allein bei den Zinsen und beim Personal um 550 Millionen Euro höher als 1995. Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass die Schwäche nicht nur einen vorübergehenden Engpass darstellt, den man mit Sparmaßnahmen der üblichen Art auffangen kann. Wir müssen vielmehr der Wahrheit ins Gesicht sehen, dass das Niveau unserer Einnahmen auf Dauer wesentlich niedriger bleiben wird, als wir noch vor einem Jahr annehmen konnten.

Damit ist unser Ziel gefährdet, den investiven Nachholbedarf im Wesentlichen bis 2010 abzarbeiten. Wenn es uns nicht gelingt, in den nächsten zwei bis drei Jahren die Neuverschuldung wieder deutlich abzusenken, werden die hohen Zinslasten uns alle Spielräume nehmen. Um dieser bedrohlichen Entwicklung entgegenzuwirken, hat die Landesregierung innerhalb der letzten Monate gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen entsprechende Konsequenzen gezogen und den bisherigen Konsolidierungskurs deutlich verschärft. Wir sind gezwungen, von Positionen, die wir bisher für unverrückbar gehalten haben, abzugehen und ganz neue Wege zu beschreiten. Dieses will ich an zwei Beispielen erläutern:

Erstens. Der Personalabbau muss energisch beschleunigt werden. Das heißt, dass wir im Ernstfall auch nicht davor zurückschrecken dürfen, betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen. Wir streben zwar an, dieses Ergebnis durch Verhandlungen mit den zuständigen Gewerkschaften zu vermeiden, aber wenn dies nicht gelingt, wird es auch zu Entlassungen kommen müssen. Sie können sich vorstellen, dass solche Aussagen für mich als Mitglied einer SPD/PDS-Landesregierung nicht einfach sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Wir werden nicht mehr in der Lage sein, die noch im Koalitionsvertrag festgeschriebene Mindestgarantie für die Kommunen weiter aufrechtzuerhalten. Sie wird ab 2005 entfallen müssen.

Darüber hinaus werden wir in zahlreichen weiteren Bereichen Einschnitte vornehmen. Dieses reicht von einer Anpassung der Beihilferegelung an die Gesundheitsstrukturreform über Einschnitte bei den sächlichen Verwaltungsausgaben, den Landesprogrammen, den Investitionen, einschließlich des staatlichen Hochbaus, bis hin zur Abschaffung beziehungsweise Kürzung von Leistungsgesetzen. Das betrifft zunächst das Landeserziehungsgeld und die Förderung an Privatschulen. Im Laufe des Jahres 2004 werden wir Ihnen weitere Gesetzesvorschläge mit Wirkung für das Jahr 2005 vorlegen.

Die Ressorts werden bei der Umsetzung der Sparvorgaben Aufgabenkritik betreiben und Schwerpunkte setzen müssen. Die Ergebnisse der Spezifizierung werden wir dem Finanzausschuss im Frühjahr dieses Jahres und des kommenden Jahres vorlegen, so dass das Parlament auf diese Weise an der Umsetzung beteiligt wird. Wir streben an, bei den sächlichen Verwaltungsausgaben Eingriffe insbesondere bei den Gutachten und bei den IT-Ausgaben vorzunehmen.

Trotz dieser deutlichen Verschärfung des Sparkurses können wir die Aufnahme zusätzlicher Schulden leider nicht vermeiden. Sie werden mir abnehmen, dass mir diese Konsequenz nicht leicht gefallen ist. Das betrifft zunächst den Nachtrag für 2003, also für das jetzt fast abgelaufene Jahr. Hier werden wir die Neuverschuldung um 225 Millionen Euro anheben müssen, weil in diesem Jahr neben

Steuermindereinnahmen von 190 Millionen Euro auch noch Einnahmeverchiebungen von der Europäischen Union in Höhe von 80 Millionen Euro zu erwarten sind.

Die bereits im Mai ergriffenen Bewirtschaftungsmaßnahmen in Höhe von 45 Millionen Euro konnten die genannten Verschlechterungen nur zum geringen Teil auffangen. Den Einsparungen stehen leider Zusatzbedarfe bei den gesetzlichen Sozialleistungen wie Wohngeld, Sozialhilfe, Betreuungskosten und BAföG gegenüber. Für die Jahre 2004 und 2005 sehen wir einen Kurs vor, bei dem die Neuverschuldung schrittweise wieder zurückgeführt werden soll. Die neuen Eckwerte lauten: 892 Millionen Euro für 2004 und 584 Millionen Euro für 2005. 2004 sind 67 Millionen Euro enthalten als Auswirkung der Ergebnisse des Vermittlungsausschusses auf Bundesebene. Ich möchte Ihnen diese Auswirkungen der Bundesbeschlüsse kurz darstellen, jenseits aller Aufgeregtheiten über Abstimmung, Rechenfehler, Elefantenrunden und Medienrummel:

Erstens. Für die Bürger ist erfreulich, dass die Steuern insgesamt um 15 Milliarden Euro reduziert werden. Das betrifft sowohl das Vorziehen der letzten Stufe der Steuerreform, die eigentlich erst 2005 vorgesehen war, als auch die Konsequenz der zweiten Stufe der Steuerreform, die ab 2004 wirksam wird. Dieses ist eine beträchtliche Impulswirkung für unsere Volkswirtschaft. Ich halte es deshalb für nicht angemessen, dass Wirtschaftssachverständige schon wieder dabei sind, diese gemeinsame Anstrengung kleinzureden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Für das Land bedeutet das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform Einnahmeausfälle in 2004 von 42 Millionen Euro. In 2005 ist schon im Kabinettsentwurf die dritte Stufe der Steuerreform voll veranschlagt. Insoweit, Herr Rehberg, müssen Sie die Zahlen aus Ihrer Pressemeldung vom 18. Dezember korrigieren, weil dort noch ein zusätzlicher Ausfall von 70 Millionen Euro angenommen wird.

Die Gewerbesteuerreform kostet das Land in 2004 zusätzlich 25 Millionen Euro und 2005 28 Millionen Euro. Die sonstigen steuerlichen Maßnahmen einschließlich des Subventionsabbaus nach dem Modell Koch/Steinbrück bewirken in 2004 Verbesserungen von 25 Millionen Euro und im folgenden Jahr von 42 Millionen Euro. Insgesamt ergeben sich gegenüber dem Stand des Nachtragshaushaltes Verschlechterungen für 2004 von 67 Millionen Euro, denn der Subventionsabbau war in dem Konzept, das wir Ihnen mit dem Nachtrag vorgelegt haben, bereits berücksichtigt.

Die Auswirkungen von Hartz IV sind noch nicht bezifferbar, allerdings haben wir erreicht, dass die überproportionale Belastung der ostdeutschen Länder durch spezielle Sonderergänzungszuweisungen ausgeglichen wird. An dieser Stelle habe ich mich im Vorfeld besonders engagiert. Ich habe mit einem Brief an alle Beteiligten und durch energische Diskussionsvorstöße dafür gesorgt, dass diese Sonderbelastung der ostdeutschen Länder erkannt und entsprechend berücksichtigt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Das Gesetz zur Umsetzung des vereinbarten Optionsmodells wird erst im Frühjahr vorliegen. Dann werden die Zahlen belastbar genannt werden können. Ich gehe aber

davon aus, dass ab 2005 aus der Gemeindfinanzreform, also Gewerbesteuer plus Hartz IV, keine zusätzlichen Belastungen für das Land entstehen werden.

Die Hoffnungen der Kommunen haben sich nur zum Teil erfüllt. Das ist eine Folge des Kompromisses. Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage – sprich Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuer – war nicht durchsetzbar. In 2004 erhalten die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern aus der Gewerbesteuerreform zusätzlich 23 Millionen Euro. Dem stehen Verschlechterungen durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform und die Verbesserungen aus den sonstigen steuerlichen Maßnahmen gegenüber, so dass am Schluss netto 14 Millionen Euro zusätzlich bei den Kommunen verbleiben. Für 2005 rechne ich aus den steuerlichen Verbesserungen der Gewerbesteuerreform und Hartz IV mit einem Plus von über 50 Millionen Euro für die Kommunen. Zusammengefasst kann man sagen, die Kommunen sind die Gewinner. Die Länder haben weniger eingebüßt als befürchtet und der Bund hat draufgelegt.

Übrigens, der Bundeskanzler hat den ostdeutschen Ländern zugesagt, das Investitionszulagengesetz um zwei Jahre zu verlängern. Für die Zusatzrenten aus dem AAÜG soll außerdem eine Überprüfung mit dem Ziel der Leistungsbegrenzung stattfinden.

Alle Beteiligten haben sich große Mühe gegeben, die Wirkung möglichst genau abzuschätzen. Dennoch, für den Grad der Genauigkeit all dieser Zahlen kann niemand wirklich die Hand ins Feuer legen.

Meine Damen und Herren, innerhalb der Haushaltseckdaten, die ich hier skizziert habe, hat die Landesregierung in drei Schwerpunktbereichen Akzente gesetzt:

Erstens. Zur Abfederung der Einschnitte bei den Kommunen sind die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich für 2004 gegenüber dem Regierungsentwurf um 35 Millionen Euro aufgestockt worden. Damit sind wir weit großzügiger als jedes andere Bundesland. Kein anderes Bundesland hat bisher die Steuereintrüche ohne Beteiligung der Kommunen abgefangen, nur Mecklenburg-Vorpommern. Die Mindestgarantie wird von 2002 bis 2005 zu Aufstockungsbeträgen von über 400 Millionen Euro führen.

Zweitens. Zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung werden 200 kw-Stellen gestrichen und eine haushaltsrechtliche Ermächtigung vorgesehen, gegebenenfalls weitere 100 Beschäftigungsverhältnisse zu finanzieren. Damit wird die Unterrichtsversorgung jedoch nur dann zu gewährleisten sein, wenn wir gleichzeitig Stellenminderbedarfe organisieren. Ich denke an die Anhebung der Lehrerarbeitszeit bei bestimmten Schularten und an weitere Eingriffe, zum Beispiel beim Kurssystem in der Oberstufe und bei den Wahlpflichtfächern. Damit uns nicht mittelfristig immer wieder neue Mehrbedarfe ins Haus stehen, werden wir im ersten Halbjahr 2004 gemeinsam mit den Fachpolitikern aus den Koalitionsfraktionen und dem Bildungsminister Entlastungsmaßnahmen konzipieren müssen, die mittelfristig wirksam werden.

Drittens. Damit unsere Werften alle Aufträge akquirieren können, die ihnen angeboten werden, wird die Werfthilfe für 2004 um 6,7 Millionen Euro und für 2005 um 6,3 Millionen Euro aufgestockt. In den beiden Folgejahren sind weitere Raten zur Ausfinanzierung dieses zusätzlichen Werfthilfeprogramms erforderlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Das Gleiche können die Hochschulen auch sagen.)

Meine Damen und Herren, das Land unternimmt also große Anstrengungen für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen und aller anderen Bereiche, auch der Hochschulen. Aber trotzdem müssen wir uns dann von einem Vertreter des Städte- und Gemeindetages sogar noch sagen lassen, wir würden den Ärmsten der Armen den Kopf abschlagen, und der Rektor einer unserer Hochschulen ist nicht einmal bereit, die massiven Aufbauleistungen an den Hochschulen auch nur wahrzunehmen. Für mich grenzen beide Fälle an Realitätsverweigerung. Dass die Studenten heute hier gegen Kürzungen demonstrieren, halte ich für legitim. Allerdings sind die von ihnen erhobenen Forderungen, nämlich die jährliche Steigerung von 3,5 Prozent und ein jährlicher Hochschulbaukorridor von 120 Millionen Euro, fern jeder realistischen Möglichkeit. Wir erwarten, dass gerade in Zeiten knapper Kassen nicht gegeneinander, sondern konstruktiv miteinander gearbeitet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Insgesamt betrachte ich das Konzept, das ich Ihnen hier dargestellt habe, als eine Kombination von harten Konsolidierungsschnitten einerseits und unumgänglichen Verbesserungen in wenigen Schwerpunktbereichen andererseits.

Für mich als Finanzpolitikerin ist besonders schmerzlich, dass wir in den Jahren 2003 und 2004 die in der Verfassung vorgesehene Regelkreditobergrenze nicht einhalten können und zusätzliche Ausnahmekredite aufnehmen müssen. In den Unterlagen, die Ihnen vorliegen, wird ausführlich begründet, warum dies nach unserer Auffassung notwendig und verfassungsrechtlich zulässig ist. Besonders wichtig ist mir, dass wir spätestens ab 2005 wieder in dem von der Verfassung vorgezeichneten Regelkreditrahmen bleiben.

Mit 584 Millionen Euro werden wir in dem Jahr nur noch etwa die Hälfte der Neuverschuldung haben, die wir im Nachtrag 2003 veranschlagen. Die darin angelegte Reduzierung der Neuverschuldung müssen wir in den Folgejahren konsequent fortsetzen. Mit diesem Haushalt und den ergänzenden Eckdaten für 2004 und 2005 schöpfen wir die Konsolidierungsmöglichkeiten aus, die uns bisher zur Verfügung stehen. Die Bewältigung der mittelfristigen Probleme wird uns nur dann gelingen, wenn wir uns als Land gemeinsam mit den Kommunen neu strukturieren. Deshalb möchte ich am Ende meiner Ausführungen noch einmal hervorheben, wie wichtig eine durchgreifende Verwaltungs- und Funktionalreform für ein gemeinsames finanzielles Überleben von Land und Kommunen ist.

Mir ist bewusst, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir Ihnen nicht nur mit dieser Sondersitzung so kurz vor Weihnachten, sondern auch mit den jetzt noch kurzfristig nachzureichenden Spezifizierungsvorlagen erhebliche Mühen zumuten. Wir werden in den kommenden Monaten gemeinsam noch viele Diskussionen zu bestehen haben. Ich hoffe dabei auf die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten. Dabei werden sicherlich auch die Vorschläge der CDU einzubeziehen sein, die sich in Teilen mit den unseren durchaus decken.

Und zum Schluss: Das Jahr 2003 war für alle Finanzminister und Kämmerer wahrhaft kein gutes Jahr. Hoffen wir gemeinsam auf ein besseres 2004!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 210 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zwei Tage vor Heiligabend – eine schöne Bescherung, kann man sagen, aber die Bescherung erfolgt zwei Tage früher. Wir haben einen Nachtragshaushalt unterm Weihnachtsbaum. Das ist der dritte Haushalt, mit dem wir uns in diesem Jahr beschäftigen müssen, wenn ich den übertragenen Fehlbetrag – auch das gerät leicht aus dem Blick – von 283 Millionen Euro aus dem Vorjahr in die Haushalte 2003 und 2004 unberücksichtigt lasse, denn der allein wäre doch wohl einen separaten Nachtragshaushalt im Jahr 2002 wert gewesen.

Frau Ministerin Keler, ich muss Ihnen erst einmal meinen Respekt für die erbrachte Leistung im Vermittlungsausschuss aussprechen, nicht nur für die langen Nächte. Sie waren direkt an den Verhandlungen beteiligt. Nach meiner Rechnung waren das die Ministerpräsidenten von zwölf weiteren Bundesländern auch, als es um viel ging für Mecklenburg-Vorpommern. Sie haben als Finanzministerin Ihren Beitrag geleistet, der für Deutschland und für Mecklenburg-Vorpommern nach unserer Auffassung den Weg in die richtige Richtung weist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Ich hätte mir gewünscht, Herr Ministerpräsident, dass Sie die gleiche physische Anteilnahme in Berlin gehabt hätten, wie viele andere Ministerpräsidenten aus Deutschland auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Vorziehen der Steuerreform wird nun zu über 30 Prozent über Schulden finanziert. Frau Keler, Rechenfehler hin und her, aber 1,2 Milliarden Euro sind nun wahrlich keine Peanuts.

(Ministerin Sigrid Keler: Ich kann Ihnen nachher erzählen, wie das passiert ist.)

Ja, Frau Keler, es ist ja nun so: Zum Glück gibt es drei Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern, die im Vermittlungsausschuss sitzen, und insoweit sind wir auch relativ gut informiert, wie das da alles zustande kam. Aber ich denke, der Medienrummel war schon groß genug und wir sollten jetzt nicht noch hinter die verschlossenen Türen des Vermittlungsausschusses im Detail gucken.

(Angelika Gramkow, PDS: Das wäre doch aber mal spannend, das Theater zu erleben.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine gesamtstaatliche Entlastung von 8,4 Milliarden Euro. Der Grundfreibetrag wird auf 7.664 Euro angesetzt und die Absenkung des Tarifs wird auf 16 Prozent beim Eingangssteuersatz und beim Spitzensteuersatz auf 45 Pro-

zent festgesetzt. Der Weg des Finanzierens, wie es ursprünglich vorgesehen war vom Bundesfinanzminister, fast ausschließlich über eine Erhöhung der Neuverschuldung war mit den Unionsparteien von Anfang an nicht gemeinsam zu gehen. Man darf auch nicht vergessen, das wird heute vielfach außen vor gelassen, dass das Streichen der Eigenheimzulage und die massive Kappung der Pendlerpauschale nie zur Deckung der Steuerreform gedacht gewesen sind. Das waren Einstellungen im Bundeshaushalt zur Minderung des allgemeinen Defizits, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber ich denke, dass mit der erreichten Einigung von de facto 30 Prozent die Belastung auch für künftige Generationen nicht zu groß ist und dennoch im kommenden Jahr die Steuerlast für jeden Einzelnen, insbesondere für die unteren Einkommensgrenzen, sinkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedauere es, dass die PDS sich nicht dazu durchringen konnte, hierzu ihre Zustimmung zu geben.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist auch richtig so.)

Ich denke, dass diese Steuerreform in sich gerecht ist. Deswegen wäre es gut gewesen, dass auch Mecklenburg-Vorpommern wie die übergroße Mehrheit der Bundesländer hier hätte Ja sagen können.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist ja lächerlich.)

Ich denke, es ist auch gut, gerade für unser Bundesland, dass die Entfernungspauschale nicht auf 15 Cent abgesenkt wurde und dass die Eigenheimzulage nicht komplett gestrichen wurde. Ich halte es für akzeptabel, dass gerade die vielen Pendler in Mecklenburg-Vorpommern hier nach wie vor 30 Cent bekommen und die Eigenheimzulage nur um 30 Prozent gekürzt wird.

Übrigens auch hier noch ein Stück weit zur politischen Erinnerung: Die 40 Cent pro Kilometer bei der Pendlerpauschale wurden als Kompensation für die vielen Pendler bei der Einführung der Ökosteuern eingeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe nicht gehört, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Ökosteuern an irgendeiner Stelle abgesenkt worden ist. Ich glaube, dass auch dies ein Erfolg ist für Mecklenburg-Vorpommern mit seinen vielen Pendlern.

Frau Keler, ich kenne übrigens auch die Untersuchung, auf die Sie abgehoben haben im „Nordmagazin“, aber ich ziehe die in außerordentlich hohem Maße in Zweifel, wenn ich alleine höre, dass in der Stadt Neubrandenburg mehr als 50 Prozent der Berufstätigen von über 30 Kilometer her einpendeln. Vergessen wir bitte nicht die weit über 70.000 Pendler, die jeden Tag auspendeln von Mecklenburg-Vorpommern nach Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Insoweit relativiert sich diese Untersuchung in hohem Maße.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde erreicht eine Senkung der Gewerbesteuerumlage. Da frage ich mich ganz besorgt, Frau Kollegin Gramkow, warum Sie in einer Pressemitteilung sagen, die Senkung der Gewerbesteuerumlage ist gut, aber ein Tropfen auf den heißen Stein für die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Angelika Gramkow, PDS: Weil es richtig ist.)

Frau Kollegin Gramkow, Sie haben vor dreieinhalb Jahren dafür gesorgt, dass die Gewerbesteuerumlage von 20 auf 28 Prozent angehoben worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Jetzt begrüßen doch mindestens Sie, dass dieser Fehler wieder rückgängig gemacht worden ist! So viel Mut zur Ehrlichkeit muss auch sein!

(Angelika Gramkow, PDS: Das haben
Sie mir gar nicht zugetraut, ne?!)

Und dann, Frau Kollegin Gramkow: 23 Millionen Euro für die Kommunen insgesamt in Mecklenburg-Vorpommern mehr haben oder nicht haben?

(Angelika Gramkow, PDS: Aber es
hätten wesentlich mehr sein können,
wenn Sie nicht blockiert hätten!)

Ich bin eher beim Haben und nicht beim Nichthaben, Frau Kollegin Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS:
Immer so, wie es passt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schwierig und auch etwas kompliziert so kurz vor Weihnachten, in den Zahlensalat einzusteigen. Wir reden hier übrigens über den Nachtragshaushalt 2003. Es ist lediglich eine Seite. Insoweit hat sich die Frau Finanzministerin sehr kurz gefasst. Aber die Debatte, Frau Keler, insbesondere was die Ergänzungsliste im Detail für 2004/2005 ausmacht, da sage ich Ihnen eins voraus, die werden wir mit Ihnen nicht nur im geschlossenen Kämmerlein im Finanzausschuss führen, die werden wir sehr wohl öffentlich führen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und das, was Sie hier und heute vorgetragen haben, das ist ein bisschen mehr als zu kurz geraten.

(Torsten Koplin, PDS: Ja.)

Frau Finanzministerin, Sie haben geschätzt, für das Land gibt es insgesamt rund 170 Millionen Euro an Steuermindereinnahmen. Und jetzt auf einmal bleiben nur noch 42 Millionen Euro übrig für das Jahr 2004, eine Differenz von 128 Millionen Euro. Ich denke, das muss man natürlich als positiv ansehen. Das ist nämlich nur eine Belastung von 75 Euro, die Pro-Kopf-Schuld ist um 75 Euro geringer ausgefallen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, dass an den entscheidenden Stellschrauben die Handschrift der Union zu lesen war – weniger Belastung für die Länder, eine deutliche Entlastung für die Kommunen.

Und ich muss Ihnen eins sagen, Frau Finanzministerin, wenn Rot-Grün, nachdem man ja im Zuge der Flut auf das Vorziehen der Steuerreform verzichtet hatte, jetzt so massiv politisch eingestiegen ist, dann, denke ich, sollte der Bund auch die Hauptlast dabei tragen. Wer politisch so etwas will, bei dem, denke ich auch, ist das alte Schlagwort richtig: Wer die Zeche bestellt, der soll auch letztendlich bezahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Wer die Musik bestellt.)

Entschuldigung, wer die Musik bestellt. Harry, du hast Recht!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mir mal die letzten drei Jahre angesehen, wie es denn mit dem Soll und Ist des Landeshaushalts aussieht. Es ist eine interessante Entwicklung, in die wir eingetreten sind. 2001 ist es in etwa hingekommen, das Ist sogar einen Tick günstiger als das Soll. Jetzt wird es aber stark. 2002 sind es schon 200 Millionen Euro Differenz zwischen Soll und Ist und in diesem Jahr fast 800 Millionen Euro, ganz konkret 795,3 Millionen Euro. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind mehr als zehn Prozent des Gesamthaushalts von Mecklenburg-Vorpommern.

Frau Ministerin, ich begrüße ausdrücklich, dass Sie jetzt eigene Steuerschätzungen vornehmen wollen. Ich will aber noch darauf eingehen, wenn ich Ihre Vorlage sehe, auch mit Blick auf das Berliner Urteil, dass aus unserer Sicht Ihre Einlassungen und Maßnahmen verfehlt sind. Sie haben in Ihrer Begründung für den Zweiten Nachtragshaushalt 2003 und für das Jahr 2004 eine ernsthafte und nachhaltige Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie eine schwerwiegende Störung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung für Mecklenburg-Vorpommern konstatiert. Hierzu sind Sie nach dem Urteil des Berliner Verfassungsgerichtshofes vom 31. Oktober auch verpflichtet. Sie wollen künftig eigene Steuerschätzungen vornehmen. Ich glaube, nachdem Sie über Jahre ernsthaft auf die Nase gefallen sind, ist das auch richtig. Aber dann frage ich mich, und ich frage Sie: Warum halten Sie denn weiterhin an der offiziellen Wachstumsprognose der Bundesregierung fest? Und zwar, wenn Sie mit eigenen Wachstumsprognosen arbeiten würden, dann würden Sie natürlich Ihr Zahlenwerk untermauern. Das tun Sie aber nicht.

Wie sieht die Begründung der Landesregierung für die überhöhte Nettokreditaufnahme für dieses und das nächste Jahr aus? Ich zitiere: „Nach den bisherigen Erfahrungen und der derzeit stark divergierenden Entwicklung des BIP zwischen dem Bundesgebiet einerseits und Mecklenburg-Vorpommern andererseits ist zu erwarten, dass die im Falle der Belebung der Wirtschaft entstehenden positiven Effekte hier im Land verzögert und abgeschwächt eintreten werden. Damit wird das Ziel eines stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstums nicht erreicht.“ Bereits eine Seite weiter tritt die konjunkturelle Belebung und Entstörung des Ungleichgewichts ein und für diese rasante wirtschaftliche Entwicklung ist der Landesregierung großer Respekt zu zollen. Aber ich denke, sie steht leider nur auf dem Papier, denn eine Seite weiter heißt es: „Mit dem Verzicht auf weitergehende Ausgabenkürzungen und der dadurch bedingt höheren Kreditaufnahme werden zusätzliche negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung und damit eine Beeinträchtigung der sich abzeichnenden vorsichtigen konjunkturellen Stabilisierung durch die Haushaltspolitik des Landes nicht nur vermieden, sondern die sich andeutende vorsichtige Erholung der Wirtschaftstätigkeit unterstützt.“ Frau Keler, da liegt nur ein Blatt zwischen diesen beiden Aussagen!

Wenn ich Ihnen sage, dass wir im ersten Halbjahr ein Minuswachstum von 1,6 Prozent hatten, dass das verarbeitende Gewerbe, der Handel, der Bau und ganz massiv das Gaststättengewerbe weiterhin schrumpfen, dann werden Sie sehen – und das wissen Sie auch ganz genau –, dass wir für 2003 mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung, also mit einer klaren Rezession konfrontiert sein werden. Wir haben dies mehrfach deutlich gemacht. Wenn Sie sich jetzt jedoch hinstellen und solch eine Rezession als vorsichtige konjunkturelle Stabilisierung und Erholung der

Wirtschaftstätigkeit verkaufen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie einem Rektor, wenn Sie dem Städte- und Gemeindetag Realitätsferne vorwerfen, dann muss ich Ihnen sagen, dies ist Realitätsferne in Potenz, Frau Finanzministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben da völlig die Orientierung verloren. Und das ist doch die politische Bankrotterklärung, die Sie in dem Schreiben vom 19. Dezember 2003 – aber das hatten wir schon vermutet – letztendlich geleistet haben. Sie sagen darin, dass gegenüber der Eckdatenvorlage nochmals die Neuverschuldung um weitere 67 Millionen Euro steigen muss. Ihre Worte: „Die zusätzliche Belastung des Landeshaushaltes kann nicht über weitere Einsparungen und entsprechende Absenkungen der Leistungen im kommunalen Finanzausgleich gegenfinanziert werden.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, so haben wir eben nicht eine Anhebung der Nettokreditaufnahme von 62 Millionen Euro, sondern die Neuverschuldung von 129 Millionen Euro.

Frau Keler, Sie haben es heute wieder gesagt, dass für 2005 keine weiteren Belastungen durch das Vorziehen der Steuerreform beziehungsweise auch durch den Rest, der dann noch offen ist – Absenkung von 16 auf 15 Prozent und von 45 auf 42 Prozent –, zu sehen sind. Dann müssten Sie ja, weil das ursprünglich vorgesehen war – die Mittelfristige Finanzplanung haben Sie ja nicht korrigiert –, die 170 Millionen Euro komplett im Jahre 2005 ursprünglich veranschlagt haben. Frau Keler, wir sind hoch gespannt, wie Sie uns das dann – vielleicht nicht heute, aber bei der Novembersteuerschätzung 2004 – hier verkaufen werden. Wir sind sehr gespannt. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Keler, wir gehen nicht davon aus, dass Sie 2005 die Verfassungskonformität erreichen werden. Ich will darauf nachher auch noch näher eingehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt komme ich zum konzeptionellen Gegensteuern, zur Beseitigung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Ich nenne hier mal beispielhaft: Stärkung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes im Rahmen der kommunalen Finanzausstattung durch schrittweise Absenkung der Mindestfinanzausstattung. Sind Kommunen nicht Teil der Gesamtwirtschaft, Teil der Gesamtgesellschaft? Ich zitiere nachher noch das, was Sie 2005 vorhaben werden. Wenn Sie hier sagen, wenn Sie die Zuweisungen, und das ist ja die Quintessenz, an die Kommunen absenken, dann heißt das doch noch mehr nicht ausgeglichene Verwaltungshaushalte, noch weniger Investitionen im kommunalen Bereich. Und dann frage ich mich ganz besorgt, wo gerade die Kommunen einen Großteil der wirtschaftlichen Tätigkeit im Investitionsbereich ausmachen, wie Sie dann die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mit diesen Maßnahmen aufheben wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich sage Ihnen eins voraus: Sie lassen bei den Kommunen die Lichter ausgehen, damit die Funzel bei der Landesregierung noch ein bisschen blökert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das kann keine sinnvolle und sinnhafte Politik sein! Was Sie hier als Lösung verkaufen, das ist eher Problem verstärkend als Problem beseitigend, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Landesregierung.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD)

Und noch ein interessantes Beispiel zur Beseitigung der gesamtwirtschaftlichen Störung durch eine überhöhte Nettokreditaufnahme, ich zitiere: „Optimierung der Verwaltungsstrukturen und Deregulierung der Verwaltungsabläufe im Rahmen der Verwaltungsreform“. Ich frage mich ernsthaft, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren Ministerinnen und Minister, ob die Verwaltung in unserem Land so schlecht ist, dass sie zu einer ernsthaften und nachhaltigen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie zu einer schwerwiegenden Störung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik mit beigetragen haben soll. Wahrscheinlich, muss ich Ihnen sagen, deswegen die ganzen Gutachter und Berater, die Sie benötigen, um hier in diesem Land Politik zu machen. Sie machen sich das aus meiner Sicht sehr einfach. Sie machen es sich zu einfach! Die Störung basiert zum Großteil auf Ihrer Politik, aber das Heranziehen der wahrlich optimierungsbedürftigen Verwaltungsstrukturen, meine sehr verehrten Damen und Herren, halte ich für mehr als geschmacklos,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

als Fazit für mich, dass Sie die Vorgaben des Berliner Verfassungsgerichtshofes verfehlen.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns und wir werden uns als Opposition sehr gut überlegen – und da warten wir dann auf Ihre Ergänzungsliste –, inwieweit Sie wirklich Wege aufzeigen, um die Verfassungskonformität des Haushaltes im Jahr 2004 beziehungsweise 2005/06 und in den Folgejahren herzustellen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Pflicht der Regierung und der Regierungsparteien ist es, dass Sie Maßnahmen und Gegenmaßnahmen zur Beseitigung der schlechten Wirtschafts- und Beschäftigungslage begründen. Das haben Sie nicht getan.

Jetzt konkret zu Ihrem Nachtragshaushalt. Übrigens, Frau Keler, Ihre Sparbemühungen im Jahr 2003 sind doch mehr als mangelhaft. Wenn Sie vergleichen, die Gesamtausgaben 2003 in der Vorlage jetzt gegenüber dem ersten Nachtrag, sehe ich auf der Ausgabenseite gerade 45 Millionen Euro weniger. Da muss ich Ihnen ganz offen und ehrlich sagen, das ist mehr als marginal, was Sie auf der Ausgabenseite erreicht haben. Immer wieder im Mai mit der Novembersteuerschätzung taucht urplötzlich bei Ihnen Endzeitstimmung auf. Ich frage mich besorgt, warum andere Länder – und die Datenlage ist doch für sie gleich, zumindest, was die Steuerschätzungen betrifft – wie Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Hessen schon im Mai nach der Maisteuerschätzung effektiv handeln und rigorose Haushaltssperren verhängen.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Warum haben diese Länder vorausschauend gehandelt und die Schätzung teilweise vom November schon vorweggenommen? Eine Haushaltssperre im November, die Korrektur bei den Verpflichtungsermächtigungen – das bringt doch in den letzten vier Wochen überhaupt nichts mehr, Frau Finanzministerin! Sie hätten im Mai vorausschauend handeln können,

(Ministerin Sigrid Keler: Hab ich doch.)

dann wären Sie gerade bei den sächlichen Verwaltungsausgaben viel besser angekommen, als Sie das heute überhaupt nur erreichen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rheinland-Pfalz – das ist ein alter Vorschlag von uns – ist weg vom Doppelhaushalt 2004/2005 und hat gesagt, wir machen wieder Einzelhaushalte. Auch dies ist der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Überlegen Sie mal, wie viel Sie verschenkt haben!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Keler! Unsere Vorschläge, die wir seit Jahren machen – übrigens seit 1999 –, finden wir endlich bei Ihnen wieder. Sie haben lange gebraucht. Und ich lese natürlich gerne, dass Sie eine Einsparvorgabe in Höhe von 40,7 Millionen Euro pro Jahr haben. Die Einsparungen sollen überwiegend im Bereich der laufenden Ausgaben mit Schwerpunkt bei den sächlichen Verwaltungsausgaben, hier insbesondere bei Gutachten sowie bei IT-Ausgaben, erbracht werden. Frau Keler, wir haben Ihnen immer wieder vorgeschlagen, zehn Prozent der sächlichen Verwaltungsausgaben ist es möglich einzusparen. Das ist noch ein bisschen mehr, zehn Prozent wären rund 35 Millionen Euro. Frau Keler, wir freuen uns, dass Sie endlich den jahrelangen Vorschlägen der CDU-Fraktion folgen und bei den sächlichen Verwaltungsausgaben kürzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie aber schon 1999 – man muss ja nicht jedes Jahr zehn Prozent sparen – angefangen hätten, dann hätten Sie nach unserer Auffassung 100 Millionen Euro durchaus einsparen können, und das ist Geld, das wir in Investitionen und in Bildung stecken könnten. Ich komme noch auf das Thema „Unterrichtsversorgung, Fehlbedarf bei den Lehrerstellen“ zu sprechen. Und das hätten wir letztendlich auch bei den Kommunen gut anlegen können. Sie haben über Jahre versäumt, im sächlichen Verwaltungsbereich zu sparen. Positiv ist, Sie fangen endlich an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, meinen Sie wirklich, Frau Finanzministerin, Herr Ministerpräsident, dass es ausreicht, hier 200 kw-Vermerke beim Lehrerberauf aufzuheben? Meinen Sie wirklich, dass das reicht? Und es sagen ja alle, und die Anhörung im Bildungsausschuss hat es auch ergeben, dass uns im Schuljahr 2004/05 883 Stellen zu einer rechnerisch 100-prozentigen Unterrichtsversorgung fehlen. Das ist de facto dann höchstens eine von 96 oder 97 Prozent. Um nämlich eine 100-prozentige Versorgung de facto zu erreichen, brauchen Sie 104 Prozent.

Meine Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident, wie ernst nehmen Sie angesichts der Situation bei den Schulen eigentlich Ihre Worte vom 11. Dezember 2002: „Meine Damen und Herren, wir investieren in Bildung, Kultur und Sport: Die wichtigste Ressource der Zukunft sind gut ausgebildete junge Menschen. ... Aber jetzt treten wir in die Phase ein, in der diese Reformen in Ruhe umgesetzt werden sollen.“ Wissen Sie, Herr Ministerpräsident, ich habe den Eindruck, Sie haben es ein bisschen zu viel mit der Ruhe. Ein bisschen mehr Bewegung, gerade im Bildungsbereich, könnte uns allen gut tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich weiß ja nicht, wann Sie zum letzten Mal mit Lehrerinnen und Lehrern diskutiert haben, wann Sie zum letzten Mal mit Eltern gesprochen haben oder gerade auch mit älteren Schülerinnen und Schülern, aber Sie verweigern ja die Diskussion. Sie gehen offenkundig lieber durch den Hintereingang in den Landtag hin-

ein. Ich rate Ihnen dringend: Reden Sie mal, ohne dass jemand dabei sitzt, mit Lehrerinnen und Lehrern, mit Schülerinnen und Schülern und reden Sie mit Eltern!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Tatsache darf man nicht ignorieren. Nur was die Anhörung der Leiter der staatlichen Schulämter zutage gefördert hat, das ist doch schon mehr als besorgniserregend. Und zwar sind die Bedarfsberechnungen der Schulämter seit Jahren himmelweit von denen des Bildungsministeriums entfernt. Es ließ sich feststellen, dass wir vor zwei Jahren – 2002/2003 – ein Stellendefizit von 1.056 Stellen hatten, dass wir im Schuljahr 2003/2004 506 Stellendefizite hatten und im kommenden Schuljahr 883. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD- und der PDS-Fraktion, haben Sie sich mal die Mühe gemacht, die 683 Lehrerstellen umzurechnen, wie viele Schulen das sind? Wir haben das mal gemacht. Wenn dieser Bedarf nicht gedeckt wird, dann könnte umgerechnet an 26 regionalen Schulen im Land nicht mehr unterrichtet werden, weil keine Lehrer vorhanden wären.

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU)

Das ist Ihre Politik, die Sie seit Jahren machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den Privatschulen jetzt massiv zu kürzen, darüber zu debattieren, Frau Keler, die Lehrerarbeitszeit für ausgewählte Schularten zu erhöhen, ich habe mir die Pflichtstundenzahlen mal angeguckt, wir sind nicht am unteren Ende der Skala.

(Ministerin Sigrid Keler:
Aber auch nicht am oberen.)

Ja, Frau Keler, das weiß ich. Aber wie Sie das dann bewerkstelligen wollen, denn wenn Sie über 6.000 Lehrer in Teilzeit haben, heißt das auf der einen Seite, die dürfen gar nicht Ihren ganzen Etat unterrichten, auf der anderen Seite müssen andere noch mehr unterrichten! Das müssen Sie mal den Lehrerinnen und Lehrern in Mecklenburg-Vorpommern erklären.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das wird zu Demotivation ohne Ende führen.

Es gibt natürlich auch Maßnahmen, die unsere Zustimmung finden. Wir sagen Ja zur Zweizügigkeit von Schulen. Wir müssen sicher auch die kleinen Grundschulen überprüfen. Das hat nicht nur etwas mit der fiskalischen Situation zu tun, sondern auch mit Qualität von Schulen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und PDS, Sie sollten hier den Bildungsminister nicht im Regen stehen lassen.

Eine Bemerkung zu den Hochschulen: Nach unseren Berechnungen sollen die Hochschulen zwischen 2001 und 2005 über 500 Stellen einsparen. Wenn Sie jetzt innerhalb von zwei Jahren darangehen, bei etwa 3.500 Stellen im Hochschulbereich noch mal 383 Stellen zu sparen, Frau Finanzministerin, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Landesregierung, das ist noch mal ein Stellenabbau um zehn Prozent in dieser kurzen Zeit, dann frage ich mich wirklich ganz besorgt: Was wird mit der Qualität an Hochschulen oder haben Sie gegebenenfalls vor, im Äquivalent eine ganze Fachhochschule oder eine ganze Fakultät in Frage zu stellen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Rainer Pracht, CDU: Forschung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, überlegen Sie wirklich gründlich, wo Sie in diesem Land anfangen, ob

Sie bei den 1.600 Stellen nicht bei sich selber erst mal anfangen, massiv in der Kernverwaltung, oder ob Sie in drei Jahren zehn Prozent bei den Hochschulen dieses Landes streichen wollen! Ich denke, der erste Weg ist der bessere.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Finanzministerin, besonders prickelnd wird das übrigens beim Punkt 12 auf Seite 10. Das ist schon ein kleines Meisterstück, das muss ich sagen. Auf der einen Seite die Maßnahmeverbesserungen aus Bundesgesetzen zusammenzupacken mit den Personaleinsparungen, die Sie vorhaben – darauf muss man erst einmal kommen. Und zwar, muss ich sagen, hatte ich im ersten Augenblick Respekt, die Landesregierung will 128 Millionen Euro, 61 Millionen Euro im kommenden Jahr und 67 Millionen Euro in 2005, einsparen. 1.600 Stellen plus 400 kw-Vermerke – 2.000 Stellen, das ist etwa eine Zahl von gut 100 Millionen Euro, wenn Sie Personal- und Sachausgaben mit dazunehmen. Nein, nein, auf einmal rechnen Sie die Maßnahmeverbesserung herunter und dann bleibt gerade mal die Hälfte für die nächsten beiden Jahre. Frau Keler, ein bisschen zur Seriosität gehört doch ganz einfach, dass man das getrennt aufführt. Es gehört doch wirklich zur Seriosität, wenn Sie sagen, ich spare beim Personal, dass das nicht mit den Entlastungen vermengt wird, die letztendlich bei der Steuerreform herausgekommen sind. Was hat das noch mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zu tun?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Keler, Sie nennen das alles haushaltsverbessernde Maßnahmen. Ich muss Ihnen sagen, das eine sind Ergebnisse, die aufgrund der Beratungen im Bundesrat passieren, und das andere, die Personaleinsparung, ist echte knüppelharte Arbeit, die Sie als Landesregierung verrichten müssen. Die Menschen in diesem Land, wir als Abgeordnete haben ein Anrecht darauf, dass Sie das extra ausweisen. Alles andere, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, will ich als buchhalterische Trickserie bezeichnen. Etwas anderes fällt mir dazu nicht ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß auch nicht, wie Sie mit den 1.600 Stellen klarkommen wollen, Frau Keler. Also ein bisschen kennt man sich im Kündigungsrecht und im Personalvertretungsrecht aus. Frau Ministerin, ein Stück weit kann ich ver.di verstehen. Wenn eine Landesregierung sagt – ich bleibe mal bei den 1.600 Stellen, weil die 400 kw-Vermerke ausgebracht sind –, wir streichen jetzt, dann ist natürlich die Frage berechtigt, wo. Wie sehen die Strukturen aus, wo Sie streichen wollen?

Haben Sie sich einmal die Mühe gemacht – wenn Sie Lehrer und Forst außen vor lassen, das sagt ja Ihre Fußnote, bei der Polizei fast alles Beamte, Justiz ähnlich – zusammenzuzählen? Wenn Sie das zusammenzählen, bleiben Ihnen etwa 15.200 Stellen. Da wollen Sie wirklich in eineinhalb Jahren zehn Prozent im restlichen Bereich streichen? Frau Keler, wer nur ein bisschen seriös darüber nachdenkt, der muss Ihnen sagen, Sie werden wohl als Tiger losgesprungen sein, aber die Landung wird eher als Bettvorleger passieren. Sie werden Abfindungen bezahlen müssen. Die Leute werden klagen und Sie kriegen das in der Zeitschiene nicht durch. Wie Sie dann die Struktu-

ren in dieser kurzen Zeit anpassen wollen, das erschließt sich mir nicht.

Ich rate Ihnen dringend, Frau Keler, zu folgendem Motto: Denken Sie erst über die Aufgaben nach, dann über die Strukturen und als dritten Schritt schreiten Sie zur betriebsbedingten Kündigung! Sie werden unsere Unterstützung haben. Ich sage das übrigens seit Jahren. Ich bin mächtig kritisiert worden von Ihrem Fraktionsvorsitzenden, von der Landesregierung. Sie werden uns auf Ihrer Seite haben, wenn alle Gespräche mit der Gewerkschaft nicht dazu führen, diese Einsparpotentiale zu bringen, dass wir auch Ja sagen müssen zur betriebsbedingten Kündigung. Wenn bei der Wirtschaft ein Unternehmen ins Schlingern gerät, dann muss man handeln. Hier ist das Land im Schlingern begriffen, weil Sie über Jahre versäumt haben, hier eine klare Politik zu führen. Hätten Sie vor fünf, sechs Jahren angefangen, peu à peu hier Personal abzubauen, dann müssten Sie jetzt nicht zu solchen Hauruckaktionen greifen, aber wir werden Sie dann dabei unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich Ihre Einsparpotentiale zusammenzähle, wir finden uns hier wieder. Wir werden das beim Hochbau unterstützen, bei den Leistungsgesetzen. Aber die Frage ist: Warum nur das Landeserziehungsgeld, was de facto sowieso ausgelaufen ist? Warum gehen Sie nicht an das Bildungsfreistellungsgesetz heran? Warum gehen Sie nicht an das Weiterbildungsgesetz heran? Warum gehen Sie nicht an bestimmte Fonds heran? Mein Kollege Dr. Henning von Storch wird Ihnen nachher noch unsere Vorschläge erläutern. Frau Keler, Sie machen lieber eine Schuldenpolitik, als dass Sie wirklich hier wie andere Länder auch – ich werde noch darauf eingehen – massiv hineingehen in die Bereiche, die nicht unbedingt zur Zukunft des Landes gehören. Auf der anderen Seite, ich war bei den Hochschulen, streichen Sie an der völlig falschen Stelle.

Übrigens, Frau Keler, wenn Sie das in einem Dreivierteljahr nicht geschafft haben, 50 Millionen Euro an Forderungsverkäufen einzutreiben, dann möchte ich mal wissen, wie Sie das in 2004 machen wollen. Die Millionenbeträge bei den EU-Einnahmen sind nach meinem Dafürhalten 20 Millionen aus den Jahren 1994 und 1999, 80 Millionen aus dem letzten Jahr. Frau Keler, das haben Sie gerade mal so hingeschoben, dass 2005 wieder ein verfassungskonformer Haushalt kommt. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich würde mir wünschen, dass wir die 80 Millionen Euro schon im nächsten Jahr bekommen, denn die Vorfinanzierung müssen auf der einen Seite die Kommunen oder Investitionsträger übernehmen, auf der anderen Seite gegebenenfalls das Land. Ich kann Sie nicht damit trösten, aus unserer Sicht sind viele Ihrer Haushaltsverbesserungen auf dem Prinzip Hoffnung aufgebaut.

Frau Keler, was ich schon für etwas politisch – nicht persönlich – dreist halte, das ist das, was Sie mit den Kommunen machen. Frau Keler, 35 Millionen Euro, da muss ich ja noch Verschlechterungen gegenrechnen, dann sind es etwa 30 Millionen Euro.

(Angelika Gramkow, PDS: Es sind 25!)

Frau Gramkow, damit Sie auf Ihren Veranstaltungen den Kommunen sagen können, wir, die PDS, haben dieses Jahr etwas für euch getan.

(Jörg Heydorn, SPD: Herr Rehberg, zu den Freiberuflern sagen Sie doch mal was!)

Das kann ich Ihnen sagen zu den Freiberuflern. Das ist in Ordnung. Die Gewerbesteuer wird gegengerechnet mit der Einkommensteuer. Ich habe einen doppelten Verwaltungsaufwand und gerade auch in den neuen Bundesländern wird das überhaupt nichts bringen. Sie sind so einer, der immer für mehr Bürokratie ist. Ich bin dafür, ein Steuersystem möglichst einfach zu gestalten, und deswegen war das eine vernünftige Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Heydorn, was wäre gewesen, wenn wir heute darüber reden müssten, 170 Millionen Euro, die volle Last, die ursprünglich für Mecklenburg-Vorpommern auf uns zugekommen wäre, in den nächsten Jahren im Landeshaushalt zu verkraften? Ich bin mal gutgläubig, Frau Keler hat uns mitgeteilt, 42 Millionen Euro, ein Viertel, 25 Prozent nur als Belastung fürs Land. Sagen Sie wirklich: Dankeschön, CDU/CSU!

(Angelika Gramkow, PDS: Das wäre das Letzte!)

Nicht 170, sondern 42 Millionen Euro, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Aber, Frau Kollegin Gramkow, ich gebe Ihnen einen guten Rat: Die Erhöhung der Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ist erforderlich, um die Leistungsfähigkeit der Kommunen in der Übergangsphase – hören Sie zu, 2004 ist die Übergangsphase bis zur Aufhebung der Mindestfinanzausstattung und der damit einhergehenden deutlichen Reduzierung der Zuweisungen – im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zu sichern, nähere Einzelheiten vergleiche Ziffer 3.3.1.6.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was kommt denn in 2005 auf die Kommunen zu? Nach unseren Berechnungen im nächsten Jahr minus rund 64 Millionen Euro.

(Angelika Gramkow, PDS: 112!)

Wenn man Ihre Zahlen von dem genannten Punkt nimmt, 162 Millionen Euro in 2005. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was muten Sie den Kommunen in diesem Land eigentlich wirklich zu? Wenn ich diese Zahlen sehe, haben heute höchstens ein, wahrscheinlich zwei Landkreise einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt, keine kreisfreie Stadt. Das sind Beträge teilweise von 50, 60, 70 oder 80 Millionen Euro. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen Sie wirklich den Kommunen hier den Geldhahn völlig abdrehen, damit die Lichter ausgehen?!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Die gehen schon aus.)

Wie wollen Sie denn wirklich hier auch eine gesamtwirtschaftliche Belebung erreichen, wenn Sie so drastisch bei den Kommunen sparen? Übrigens, wenn ich Ihre Sparvorschläge betrachte, dann gucken Sie sich mal an, was die Kommunen in den letzten Jahren geleistet haben! Sie haben einen Aufwuchs im Personalausgabenbereich von über 4 Prozent, nach Bericht Aufbau Ost einen Zuwachs von 4,7 Prozent. Frau Finanzministerin, das haben nicht die Kommunen zu verantworten. Diesen Aufwuchs hat ganz alleine diese Landesregierung zu verantworten

und deswegen gehen Sie – das ist unser dringender Appell, damit hier auch noch kommunales Leben weiterbesteht, damit die Menschen noch Ja sagen können, ich engagiere mich in der Kommune – etwas pfleglicher mit den Gemeinden, mit den Städten, mit den Landkreisen, mit den kreisfreien Städten in Mecklenburg-Vorpommern um!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen von der SPD und PDS, seit wann ist es üblich, dass ohne, dass es eine gesetzliche Grundlage gibt, schon die Haushaltszahlen des Jahres 2004 so aussehen, wie sie aussehen?

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Ist hier im Landtag irgendwo schon über das FAG oder über die Höhe beschlossen worden? Was ist denn das für ein vorausseilender Gehorsam? Ich denke, seriöse Politik heißt, erst die Gesetze verabschieden und dann können wir auch die Zahlen im Haushalt einstellen, nicht umgekehrt, was wir hier seit Jahren veranstalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist gelinde gesagt mehr als eine politische Bevormundung des Parlaments. Man kann auch dazu politische Vergewaltigung sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was leisten andere Länder? Sie tun sich so groß, Frau Finanzministerin. Natürlich haben Hessen und Baden-Württemberg an der einen oder anderen Stelle mehr Potential als wir, aber Sie bringen es bei Einsparmaßnahmen, wenn ich alles zusammenrechne, auf 46 Euro pro Einwohner, Baden-Württemberg ist bei 94 Euro und Hessen bei 165 Euro pro Einwohner. Das heißt, Sie sind gerade einmal bei 28 Prozent von dem, was sich die Hessen vorgenommen haben.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Frau Finanzministerin, wenn ich das perspektivisch sehe ...

Ich habe es extra pro Einwohner runtergerechnet, Herr Kollege Borchert, ich habe es extra pro Einwohner runtergerechnet, damit ich das mal plastisch machen kann.

(Sigrid Keler, SPD: Nein, die waren beim kommunalen Finanzausgleich. –
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Meine sehr verehrte Damen und Herren, wenn die Differenz 10 oder 20 Euro wäre, dann wäre ich damit noch einverstanden, aber 46 Euro zu 165 Euro, das ist mir etwas zu heftig.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Ursache ist die Streichung bei den Kommunen und den Ländern, die wir nicht vorgenommen haben.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie gut wird denn die Verhandlungsposition sein? Nebenbei sind Hessen und Baden-Württemberg beide Geberländer. Ich habe schon ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Eckhardt Rehberg, CDU: Zum Schluss, Frau Abgeordnete Keler, sehr gerne.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Personalausgaben sind das A und O. Es gibt einen Fortschrittsbericht Aufbau Ost, der konstatiert, dass Brandenburg und Sachsen zwischen 1995 und 2002 in der Lage waren, ihre Personalausgaben pro Einwohner um 8,5 oder 2 Prozent zu senken. Ich muss Ihnen sagen, Ihnen ist es in den letzten Jahren nicht gelungen, die Haushaltsausgaben zu konsolidieren, ich habe schon darauf hingewiesen, sie sind gestiegen, und zwar um 4,7 Prozent.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als CDU-Fraktion geben zu, das möchte ich unterstreichen – Herr Kollege von Storch wird nachher unsere Vorschläge etwas detaillierter untersetzen, das ist sicher an dem einen oder anderen Punkt sehr weitgehend, was er vortragen wird –, die Frage ist wirklich, wenn die Dimension deutlich wird, wo es darum geht, Zukunftsfähigkeit für dieses Land zu erhalten, dass man sich dann schon mal entscheiden muss, gebe ich weitere Millionen Euro für Renaturierung von Peene, Trebel oder Recknitz aus, gebe ich weiterhin in diesen Größenordnungen Mittel für Gutachter- und Beraterverträge aus, kofinanzieren auch jede konsumtive Ausgabe im Bereich der EU-Mittel, der Bundesmittel, oder halte ich nicht inne und überlege, wie gestalte ich die Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Angebot steht auch deswegen, weil es uns um die Zukunft des Landes geht. Ich sage nach wie vor, wir sollten uns hier im Rahmen des Landtages darüber verständigen, nachdem die Ergänzungsliste der Landesregierung auf dem Tisch liegt, was heute ist, denn die Rahmendaten sind Eckdaten, die teilweise auf tönernen Füßen stehen. Deswegen, denke ich, sollten wir gemeinsam zu einem Umsteuern kommen und nicht vorrangig bei der Bildung einschneiden, nicht vorrangig bei den Kommunen einschneiden, sondern da, wo Politik wirklich wehtut, und zwar zuerst bei sich selber. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt die Anfrage der Abgeordneten Frau Keler? (Zustimmung)

Bitte, Frau Keler, fragen Sie.

Sigrid Keler, SPD: Herr Rehberg, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie den Haushalt von Baden-Württemberg kennen? Wenn ja, gehe ich dann auch recht in der Annahme, dass Sie wissen, dass Baden-Württemberg 205 Millionen Euro bei dem kommunalen Finanzausgleich gekürzt hat? Das entspricht in etwa 25 Euro pro Einwohner.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Keler, insbesondere die Rücknahme der Gewerbesteuerumlage von 28 auf 20 Prozent wird den Kommunen in Baden-Württemberg helfen, dieses auszugleichen,

(Angelika Gramkow, PDS: Davon konnte Baden-Württemberg aber gar nicht ausgehen, als sie den Haushalt verabschiedet haben.)

weil Baden-Württemberg ein Land der Kleinbetriebe und des Mittelstandes ist.

Und zum anderen, Frau Ministerin Keler, haben wir die Steuerkraft westdeutscher Kommunen von etwa einem

Drittel. Deswegen sind unsere Kommunen, wenn Sie sich gerade die Gewerbesteuerbrüche der größeren Städte angucken, man kann bis Neustrelitz und Güstrow heruntergehen, so immens durch Ihr politisches Agieren bei der Steuerreform im Jahr 2003. Unsere Kommunen haben mehr Bedarf an Hilfe durch das Land. In Baden-Württemberg, Bayern und Hessen ist das deutlich weniger. Das ist nach meinem Dafürhalten der gravierende Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sigrid Keler, SPD: Herr Rehberg, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie auch wissen, dass unsere Kommunen von der Gewerbesteuer profitieren, ich habe es vorhin gesagt, es sind 14 Millionen Euro, während das Land wiederum verliert? Ich wollte nur fragen, Herr Rehberg, ob Sie akzeptieren, dass Baden-Württemberg den kommunalen Finanzausgleich gekürzt hat?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja eben.)

Eckhardt Rehberg, CDU: Wissen Sie, was ich insbesondere akzeptiere, Frau Finanzministerin oder Frau Abgeordnete Keler, dass Hessen und Baden-Württemberg pro Einwohner, das war es mir wert, das einmal zu vergleichen, deutlich mehr tun. Sie haben heute überhaupt nicht die Fragen beantwortet, warum Sie nicht in anderen Bereichen – ich möchte meinem Kollegen nicht vorgehen – rigoros sparen. Und vor allen Dingen, warum haben Sie in den letzten Jahren nicht rigoros gespart? Dann müssten Sie jetzt nicht so eine Hektik machen mit 2.000 Stellen in der Landesverwaltung. Peu à peu und Stück für Stück wäre das gegangen, und zwar auch in vielen anderen Bereichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie machen hier eine Notoperation, Sie gleiten in Hektik und in Aktionismus aus,

(Heinz Müller, SPD: Antworten Sie doch auf die Frage!)

und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen ...

(Heinz Müller, SPD: Ich warte immer noch auf die Beantwortung der Frage.)

Herr Kollege Müller, Sie wollen das offenbar nicht verstehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Er will das wohl nicht verstehen.)

Ich finde das besonders problematisch, wenn Sie sagen, ich stehe für die Kommunen ein,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und dass Sie zu solchen drastischen Kürzungen im kommunalen Finanzbereich Ja sagen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weihnachten war früher für uns Kinder eine Zeit, in der das Wünschen noch geholfen hat. Heute hilft Wünschen nicht mehr, auch nicht so kurz vor Weihnachten, denn heute

heißt es handeln. Und die massiven Steuerausfälle in Bund und Ländern zwingen uns dazu, die Nettokreditaufnahme zu erhöhen.

Herr Rehberg, Sie haben der Finanzministerin hier den Vorwurf gemacht, dass sie nicht vorsorglich gehandelt hat. Sie haben gesagt, sie hat die Bewirtschaftungsmaßnahmen erst im November eingeführt. Ich glaube, hier haben Sie die Dinge nicht mehr so richtig im Kopf, denn die Bewirtschaftungsmaßnahmen sind bereits im Mai eingeleitet worden. Es sind im Wesentlichen nicht Steuermindereinnahmen in unserem Land, sondern vor allen Dingen Steuermindereinnahmen in den Geberländern im alten Bundesgebiet, die dazu geführt haben, dass wir vor dieser Situation stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Durch zusätzliche Einsparungen allein, meine Damen und Herren, können wir den dramatischen Steuereintrich nicht mehr auffangen. Das ist hart, besonders hart für diese Landesregierung. In den letzten Jahren, eigentlich schon seit Frau Keler in der großen Koalition Finanzministerin wurde, haben wir mit großer Kraft an der Konsolidierung unseres Landeshaushaltes gearbeitet, und zwar aus Verantwortung gegenüber dem Land, seinen Menschen und auch gegenüber den kommenden Generationen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Schon heute zahlt das Land fast ...

Ich komme noch zu Ihnen, Herr Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das machen Sie mal!)

... 500 Millionen Euro nur für den Schuldendienst früherer Kredite, Geld, das wir dringend für den weiteren Aufbau unseres Landes bräuchten. Ich denke, wir wollen unseren Kindern ein wirtschaftlich stabiles Land und keine Schuldenberge hinterlassen. Das ist und bleibt unser Ziel, daran halten wir fest.

Diese Landesregierung stand und steht für eine solide und verantwortungsbewusste Haushaltspolitik. Nicht erst seit heute – diesen Eindruck versuchen Sie ja wieder zu erwecken, Herr Rehberg –, sondern schon seit Jahren verfolgen wir einen strikten Sparkurs. Wir haben die Neuverschuldung gebremst und die Nettokreditaufnahme stetig zurückgefahren, wir haben gekürzt und den Gürtel enger geschnallt, so schwer uns das in manchen Fällen auch gefallen ist. Und was hat sich die Finanzministerin in den vergangenen Jahren wegen ihres rigorosen Sparkurses nicht zuletzt auch von Ihnen immer wieder anhören müssen. Wir haben das in Kauf genommen, weil wir überzeugt sind, eine solide und sparsame Haushaltspolitik ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land. Dazu steht die Koalition.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Am Ziel, die Neuverschuldung bis Ende des Jahrzehnts auf null zu senken, ...

Sie können nachher ruhig eine Frage stellen, Herr Glawe, ich beantworte sie Ihnen gerne.

... daran halten wir weiterhin fest.

(Harry Glawe, CDU: Die 100.000 sind weg.)

Wir sind uns bewusst, dass dies aufgrund der weiteren Steuerentwicklung nur mit noch größeren Anstrengungen möglich sein wird.

Maxime unseres Handelns ist ein verfassungsgemäßer Haushalt. Wir wollen auch morgen noch politische Gestaltungsmöglichkeiten haben und zukünftigen Generationen Chancen offen halten. Und deshalb müssen wir den Menschen im Land ehrlich sagen, dass nicht alles, was wünschenswert ist, auch finanzierbar ist, auch schmerzhaft Einschnitte sind nötig. Wir können uns als Nehmerland im Länderfinanzausgleich nicht mehr leisten als die Geberländer. Ich denke auch an die Einschnitte, die es in diesen Ländern gegeben hat. Herr Rehberg, das haben Sie nicht erwähnt, dass in einigen Geberländern, in Hessen beispielsweise, in Bayern oder in Baden-Württemberg, massive Einschnitte in die Hochschuletats gemacht wurden.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und wenn Sie schon immer mit den guten Beispielen beim Sparen kommen, dann erwähnen Sie auch einmal, dass Hessen wohl nicht in allen Bereichen so vorbildlich ist. Der hessische Ministerpräsident Koch hat sich in seiner Staatskanzlei über 90 meist sehr hoch dotierte Stellen geleistet. Er wird sich auch in dieser wirtschaftlich nicht so einfachen Situation eine gänzlich neue Staatskanzlei leisten.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Er hat sich in der Staatskanzlei auch zwei neue Minister geleistet. Das sind Dinge, Herr Rehberg, die Sie in dem Zusammenhang dann auch einmal ansprechen müssten.

(Beifall bei der SPD und Torsten Koplin, PDS)

Meine Damen und Herren, wir wissen, die Nettokreditaufnahme, die wir jetzt erhöhen, muss in den folgenden Jahren wieder abgesenkt werden, um die Zinskosten einzugrenzen. Im Jahr 2005 werden wir die Nettokreditaufnahme deutlich gegenüber den Jahren 2003 und 2004 absenken. Damit werden wir auch im Jahr 2005 wieder einen Haushalt aufstellen, der die Regelkreditobergrenze einhält. Mit dem vorliegenden Nachtrag für 2003 und den Eckwerten für den Doppelhaushalt 2004/2005 haben wir, denke ich, einen konkreten Fahrplan vorgelegt.

Damit, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung ihre politische Handlungsfähigkeit bewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Ergebnis ist eine tragbare und ausgewogene Kombination aus massiven Sparmaßnahmen und politischen Schwerpunktsetzungen. Damit handeln wir heute und stellen die Weichen für morgen. Eine schlanke Verwaltung, leistungsfähige Kommunen, ein gutes und gerechtes Bildungssystem, eine starke Wirtschaft, so ebnen wir den Weg in die Zukunft und so bringen wir Mecklenburg-Vorpommern langfristig voran.

Wir planen und stellen Weichen für eine schlanke und schnelle Verwaltung. Bei den notwendigen Spareinschnitten setzen wir deshalb bei der Landesverwaltung selbst an. Weniger Bürokratie, weniger Kosten, mehr Leistung, mehr Bürgernähe, das ist unser Ziel. Und trotz großer Sparanstrengungen in den vergangenen Jahren ist unsere Verwaltung immer noch zu teuer. Obwohl wir deutlich Personal abgebaut haben, Herr Rehberg, geben wir im Vergleich zu den Flächenländern des Altbundesgebiets

immer noch viel zu viel Geld aus. Im Übrigen, das will ich hier auch nicht unerwähnt lassen, haben nicht wir diesen Personalkörper aufgebaut im Land, von dem wir jetzt peu à peu wieder abbauen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Dr. Martina Bunge, PDS)

Und, Herr Rehberg, diese Landesregierung hat peu à peu abgebaut. Aber wer war es denn immer, der bei Haushaltsberatungen ständig Mehrbedarfe angemeldet hat? Das waren doch nicht wir, das waren Sie!

(Beifall bei der SPD und Torsten Koplin, PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Geplant, meine Damen und Herren, hatten wir bisher die Einsparung von 1.500 Stellen im Rahmen des bereits laufenden Personalabbaus,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na ja!)

aber das reicht noch nicht. Aufgrund der finanziellen Lage unseres Landes müssen darüber hinaus 2.000 Verwaltungsstellen über betriebsbedingte Kündigungen gestrichen werden, wenn wir über Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen nicht zu einer Lösung kommen. Wie schwer ein solcher Schritt fällt, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Ich möchte, das sage ich hier deutlich, Kündigungen gerne vermeiden. Und deshalb mein Appell an die Gewerkschaften: Nehmen Sie Verhandlungen auf! Wir müssen auch den tariflich Beschäftigten, genauso wie wir das bei den Beamten getan haben, Einschnitte zumuten. Das tun auch die Geberländer. Und wir werden als Nehmerland nicht auf einer Position beharren können, dass bei uns alles beim Alten bleiben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wichtig ist, die Verwaltungsstrukturen selbst langfristig zu optimieren. Mit Deregulierung, Funktional- und Gebietsreform machen wir unser Land zukunftsfähig und wir liegen gut im Zeitplan. Mit dem Bericht der IMAG zur Aufgabenkritik und Aufgabenübertragung sowie dem Bericht der Deregulierungskommission haben wir eine ausgezeichnete Vorarbeit für die Funktionalreform. Hinzu kommt der Ausbau von E-Government. Das Land und die Kommunen haben Anfang Oktober eine gemeinsame E-Government-Initiative vorgestellt, damit sollen übergreifende Verwaltungsverfahren schneller und unkomplizierter auf elektronischem Wege bearbeitet werden können. Und dadurch wird auch erreicht, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in ihrem Amt und in ihrer Stadtverwaltung möglichst alles erledigen können, denn dort haben sie ihre erste Anlaufstelle. Zahlreiche öffentliche Dienstleistungen sollen auch zusätzlich für die, die es wollen, über das Internet angeboten werden. Ich glaube, einen kürzeren Weg in das zuständige Amt gibt es nicht.

Mit dem Willen der Landesregierung, fünf Regionalkreise zu bilden, haben wir einen wichtigen und richtigen Schritt gemacht. Das zeigt auch das positive Echo in ganz Deutschland. Acht plus zwei ist zu wenig. So, wie es sich Herr Rehberg vorstellt, ob das auch die Vorstellungen der CDU-Fraktion sind, weiß ich nicht, ich bin mir aber sicher, Herr Rehberg, wenn wir acht plus zwei gesagt hätten, dann hätten Sie gesagt: Zu kurz gesprungen, vier oder drei müssen es sein, was die Regierung plant, ist längst nicht ausreichend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen Kreise, meine Damen und Herren, die groß genug sind, um leistungsfähig zu sein, nur dann ist eine umfassende Aufgabenverlagerung von oben nach unten wirtschaftlich und effizient.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Bündelung von Aufgaben in größeren Verwaltungseinheiten erleichtert die Spezialisierung des Personals und beseitigt Doppelstrukturen. Mecklenburg-Vorpommern hat mit einer erfolgreichen Verwaltungsreform die Chance, sich als modernes innovatives Land zu profilieren. Das wollen wir nutzen, denn die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes hängt heute mehr denn je auch von einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung ab.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, machen Sie doch mal!)

Meine Damen und Herren, machen Sie mit, machen Sie mit und bremsen Sie nicht! Wir sparen, meine Damen und Herren, und stellen Weichen zum Beispiel für leistungsfähige Kommunen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es geht darum, die Kommunen langfristig auf eine breite finanzielle Basis zu stellen, und deshalb ist es gut, dass Regierung und Opposition zu einer Einigung über die Gemeindefinanzreform gekommen sind. Den Kommunen bleibt, anders als ursprünglich von der CDU gefordert, die Gewerbesteuer erhalten. Die Umlage wird zugunsten der Kommunen von 28 auf 20 Prozent abgesenkt. Ich glaube, das ist ein gutes Ergebnis. Allerdings, auch darauf weise ich hin, wäre die Entlastung der Kommunen mehr als doppelt so hoch gewesen, wenn die Union das Steuervergünstigungsabbaugesetz nicht blockiert hätte.

Ich freue mich aber, meine Damen und Herren, dass die Union wenigstens den Widerstand gegen die Mindestgewinnbesteuerung aufgegeben hat, denn gerade Großunternehmen werden es in Zukunft deutlich schwerer haben, sich der Gewerbesteuer zu entziehen. Nach dem vereinbarten Kompromiss können sie jetzt von dem Jahresgewinn maximal 80 Prozent mit bis dahin aufgelaufenen Verlusten verrechnen und 40 Prozent müssen mindestens versteuert werden. Und das wird zu einer Verstärkung der Steuereinnahmen beitragen.

Meine Damen und Herren, die Entlastungen durch die Gemeindefinanzreform nützen den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern dauerhaft.

Meine Damen und Herren, im Übrigen bin ich doch gespannt – Herr Rehberg hat hier einige heilige Kühe der Union noch einmal sehr, sehr deutlich verteidigt, weil ja in den letzten Tagen darüber diskutiert worden ist –, ob die Reform nicht gleich weitergeführt wird auf der Grundlage des Konzeptes, das Friedrich Merz eingebracht hat. Ganz abgesehen davon, dass Herr Stoiber sagt, dort besteht eine Finanzierungslücke von 24 Milliarden, die SPD-Bundestagsfraktion rechnet mit einer Finanzierungslücke von 30 Milliarden, bin ich gespannt, ob Sie tatsächlich bereit sind, an Ihre heiligen Kühe heranzugehen oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –

Harry Glawe, CDU: Sie müssen was machen!)

Im Vermittlungsausschuss war es so, Herr Rehberg, dass dort die Bremsen doch von der Union kamen und nicht von den Mitgliedern der Regierungsfractionen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Meine Damen und Herren, um die Kommunen auch kurzfristig noch stärker zu unterstützen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

haben wir die Zuweisungen an die Kommunen gegenüber dem Plan für 2004 und 2005 um 35 Millionen Euro angehoben, davon 10 Millionen Euro mit investiver Bindung, und zur teilweisen Gegenfinanzierung werden die Landesmittel für das kommunale Investitionsprogramm um 3 Millionen Euro gekürzt. Mit Wirkung ab 2005 wird die vom Land gewährte Mindestgarantie der Kommunen abgeschafft. Dann werden die Zuweisungen wieder an die reale Steuerentwicklung gekoppelt und damit holen wir nach, was in anderen Ländern längst Realität ist. Die Finanzministerin hat Sie, Herr Rehberg, nach den Entwicklungen in Baden-Württemberg gefragt. Ich könnte Sie genauso nach den Entwicklungen in Bayern fragen. Sind dort nicht die Zuweisungen für die Kommunen gekürzt worden? Ich könnte Sie nach Brandenburg, nach Sachsen und nach Sachsen-Anhalt fragen, denn dort ist das schon längst passiert, was wir im Jahr 2005 beginnen wollen, nämlich die Steuern nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz zu verteilen. Und ich weise noch einmal darauf hin, dass es im Land Mecklenburg-Vorpommern bisher die höchsten Zuweisungen pro Kopf im kommunalen Finanzausgleich gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Wir sparen, meine Damen und Herren, aber da, wo etwas getan werden muss, handeln wir. Und deshalb haben wir trotz schwieriger Finanzsituation bei der Unterrichtsversorgung noch einmal nachgelegt. Die Bildungspolitik ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung, aber auch in diesem Bereich müssen wir überlegen, wie man effizienter und sparsamer wirtschaften kann. Zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung stellen wir dennoch ab 2004 Geld für zusätzlich 200 Lehrerstellen bereit. Aber zukünftig müssen wir genauer darauf schauen, dass eine stark zurückgehende Schülerzahl in etwa parallel läuft mit dem Zurückgehen der Zahl der Lehrkräfte. Das ist in den letzten Jahren eindeutig nicht so gewesen. Ich begrüße es, Herr Rehberg, dass Sie zu diesem Punkt gesagt haben, dass Sie bereit sind, mit uns beispielsweise über die kleine Grundschule auf dem Lande zu reden und auch über einzügige Schulen. Ich glaube, beides sind Punkte, die dazu führen, dass wir im durchschnittlichen, ich wiederhole, im durchschnittlichen Lehrer-Schüler-Verhältnis eine im positiven Sinne Spitzenstellung in der Bundesrepublik Deutschland einnehmen.

Meine Damen und Herren, wir haben außerdem mit dem neuen Kindertagesstättenförderungsgesetz den Anspruch auf gleiche Bildungschancen schon im Vorschulalter gestärkt. Ich glaube, das ist angesichts der Haushaltssituation eine große und würdige Kraftanstrengung, die das Land hier unternommen hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

Wir sparen und handeln, wo es notwendig ist. Der Schiffbau und sein maritimes Umfeld mit einer Vielzahl moderner Dienstleistungs- und Technologiefirmen sind ein wichtiges wirtschaftliches Standbein für Mecklenburg-Vorpommern. Ich glaube, unsere Werften sind, was die Modernität angeht, gut gerüstet für die Zukunft, aber sie haben durch Kapazitätsbeschränkungen der Europäischen Union und Dumpingpreise der Südkoreaner mit

massiven wirtschaftlichen Nachteilen zu kämpfen. Und deshalb, die Finanzministerin hat schon darauf hingewiesen, werden wir mit einer großen Kraftanstrengung die Werfthilfe 2004 um 6,7 Millionen Euro und 2005 um 6,3 Millionen Euro aufstocken, um in dieser schwierigen Phase die Werften dabei zu unterstützen, die Aufträge, die sie an Land ziehen können, auch tatsächlich an Land zu ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Kapazitätsbeschränkungen noch vor Ende 2005 geöffnet oder aufgehoben werden, damit unsere Werften davon profitieren können, wenn die Konjunktur wieder an Fahrt gewinnt.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Meine Damen und Herren, alles deutet darauf hin, es gibt einen Stimmungsumschwung in der deutschen Wirtschaft und die Wirtschaftsinstitute sagen einen Aufschwung im nächsten Jahr voraus. Auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern wächst die Zuversicht – ein starker Anstieg bei den Anträgen auf Fördermittel, eine Vielzahl von Investitionsabsichten, eine deutliche Steigerung der Gewerbeanmeldungen und im Handwerk hat sich im westlichen Landesteil das Geschäftsklima zum ersten Mal seit langem wieder leicht verbessert. Ich glaube, all das zusammen genommen zeigt, dass viele eine Menge vorhaben, und wir setzen alles daran, ihnen dabei den Rücken zu stärken. Ich bin überzeugt, dass es bei einer erfolgreichen Umsetzung der Reformen, die die Bundesregierung mit der Agenda 2010 angepackt hat, auch einen wirtschaftlichen Aufschwung geben wird.

Die im Vermittlungsausschuss beschlossenen Steuererleichterungen für die Bürger und die kleinen und mittelständischen Unternehmen sind ein wichtiges positives Signal. Und wir sollten das nicht kleinreden, das kann die Binnennachfrage ankurbeln. Deutschland hat gezeigt, dass es in der Lage ist, wichtige Reformen anzupacken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch wenn die Kompromisse nicht jedem schmecken, das Land hat Reformfähigkeit bewiesen.

Meine Damen und Herren, 2003 war ein schwieriges und turbulentes Jahr, aber es war auch ein Jahr, in dem wichtige Weichen gestellt wurden im Land und im Bund. Doch Reformen brauchen Zeit, bis sie ihre Wirkung für alle spürbar entfalten. Und deshalb wird auch 2004 kein einfaches Jahr. Wir werden alle Kräfte unseres Landes brauchen, um Mecklenburg-Vorpommern weiter nach vorne zu bringen. In Berlin haben die großen Parteien Kompromissbereitschaft und Reformfähigkeit bewiesen. Ich meine, wir sollten auch hier im Land keine Konfrontation um der Konfrontation willen betreiben. Dafür haben die Menschen angesichts der Herausforderungen, die sie zu meistern haben, kein Verständnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein Wort zum Schluss an die Opposition, die Finanzministerin hat auch schon etwas dazu gesagt: Sie haben in der vorigen Woche einige eigene Sparvorschläge eingebracht, darunter einige Ladenhüter, die Sie zum wiederholten Male platzieren, und einige nicht nachvollziehbare Zahlen. Aber ich sage auch: Einiges von dem, was Sie aufgeschrieben haben, entspricht unseren Vorstellungen,

und man wird sicherlich darüber reden, wie es die Finanzministerin angekündigt hat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns zum Wohl der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zusammenarbeiten. Ich glaube, die Menschen haben es verdient. Ich wünsche Ihnen allen, meine Damen und Herren, in allen Fraktionen ein friedliches, schönes und ruhiges Weihnachtsfest. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Die angemeldete Redezeit der Landesregierung wurde überschritten, so dass entsprechend Paragraph 85 der Geschäftsordnung die CDU-Fraktion sieben Minuten zusätzlich zur verbleibenden Redezeit erhält.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Als Erstes möchte ich Herrn von Storch ausdrücklich sagen, dass ich ihm natürlich die zusätzlichen sieben Minuten gönne, weil wir alle schon auf die konkreten Vorschläge des CDU-Konzepts gespannt sind. Dafür braucht man dann sicherlich auch sieben Minuten länger.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der 6. November diesen Jahres war ein besonders schwarzer Tag für die öffentlichen Haushalte. Gegenüber den Ergebnissen der Maisteuerschätzung ergab die Novembersteuerschätzung für 2003 und 2004 eine Steuermindereinnahme von insgesamt über 19 Milliarden Euro in der Bundesrepublik, davon entfallen auf die Länder insgesamt 8,2 Milliarden Euro. Die Verarmung der öffentlichen Haushalte hat damit einen neuen dramatischen Höhepunkt erreicht. Diese Entwicklung, wir wissen es, ist die Folge der erheblich hinter den Prognosen zurückbleibenden Konjunkturentwicklung und der aktuellen Steuerschwäche, die auch durch zu geringe Steuergerechtigkeit verursacht wird.

Auch für unser Land hat diese Entwicklung katastrophale Auswirkungen. Die Steuereinnahmen für 2003 betragen demzufolge nur 4,6 Milliarden Euro, das sind 190 Millionen Euro weniger als im Haushaltsplan veranschlagt, und rund 50 Millionen Euro weniger als 1995. Für 2004 betragen die Steuermindereinnahmen gegenüber dem zurzeit zu beratenden Haushaltsplanentwurf, wie wir bereits gehört haben, 210 Millionen Euro und für 2005 280 Millionen Euro. Dies ergibt für die Jahre 2003 bis 2005 in der Summe knapp 700 Millionen Euro. In dieser Höhe kamen diese Steuerausfälle überraschend, denn noch Ende September bestand durchaus die Möglichkeit, die Schätzzahlen vom Mai zu erreichen.

Sehr verehrte Damen und Herren, in solch einer Situation hat die Politik nur wenig Alternativen, um kurzfristig den Haushaltsausgleich zu sichern. Trotz sofortiger Sperre für sächliche Verwaltungsausgaben bleibt für das abgelaufene Jahr 2003 demzufolge nur noch die Möglichkeit, auf das nicht mehr verwaltbare Defizit von 225 Millionen Euro durch eine höhere Nettokreditaufnahme zu reagieren. Mit dem vorliegenden Entwurf des zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes wird diesen Erfordernissen entsprochen und die Anhebung der Kreditermächtigun-

gen von derzeit 826 Millionen Euro auf 1 Milliarde und 51 Millionen Euro vollzogen. Dieses ist für die SPD-Fraktion alternativlos, auch wenn damit der Nettokreditbedarf als Jahresneuverschuldung der höchste ist seit 1990.

Dieses Kreditvolumen übersteigt die Summe der eigenfinanzierten Investitionen von 884,8 Millionen Euro um rund 167 Millionen Euro. Die Verfassungskonformität des Haushalts ist nach Artikel 65 Absatz 2 der Landesverfassung und Paragraph 18 Absatz 1 der LHO aber trotzdem gegeben, Herr Rehberg, weil in Mecklenburg-Vorpommern zweifellos eine ernsthafte und nachhaltige Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beziehungsweise eine schwerwiegende Störung der Wirtschafts- und Beschäftigtenentwicklung zu verzeichnen ist. Ich glaube, ich brauche das hier nicht mit Daten und Fakten zu untersetzen. Ich glaube, wir wissen alle, wie dramatisch die Situation in unserem Land ist. Die erhöhte Kreditaufnahme ist demzufolge erforderlich, um eine weitere Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu vermeiden und gleichzeitig die vorliegende ernsthafte und nachhaltige Störung der Wirtschafts- und Beschäftigtenentwicklung zu überwinden.

Und an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich Folgendes an Herrn Rehberg, auch wenn er jetzt nicht im Plenarsaal ist: Nehmen Sie zur Kenntnis, der Haushalt für 2003 ist verfassungskonform und auch der Haushalt für 2004 wird verfassungskonform werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Angelika Gramkow, PDS: Aber nicht verfassungsgemäß, aber nicht verfassungsgemäß!)

Sehr geehrte Damen und Herren, für die Jahre 2004 und 2005 ist es natürlich nicht möglich, die Steuerausfälle nur durch zusätzliche Kredite auszugleichen. Dies würde die ohnehin schon hohe Verschuldung unseres Landes dramatisch verschärfen und das wäre auch das Ende der seit 1998 erfolgreichen Konsolidierungspolitik von SPD und PDS. Dies hat die SPD-Fraktion für sich als Grundlage genommen, um in einem Mix von Maßnahmen zu entscheiden und durch diesen Maßnahmenmix die aktuellen Steuerausfälle für 2004 und 2005 von 490 Millionen Euro zu kompensieren. Zu diesem Maßnahmenmix gehören insbesondere drei Punkte:

Erstens gehören dazu Einnahmeverbesserungen von insgesamt 150 Millionen Euro durch die Realisierung des Verkaufs von Forderungen aus dem Jahr 2003 in Höhe von 50 Millionen Euro und die Neuveranschlagung von EU-Einnahmen aus 2003 in Höhe von 100 Millionen Euro. Weitere Einnahmeverbesserungen wurden zwar umfassend geprüft, wie zum Beispiel Verwaltungsgebühren, Verkauf von Vermögen oder Beteiligungen, aber sie können aus unterschiedlichen Gründen leider kurzfristig zu keiner wesentlichen Entlastung des Landeshaushalts genutzt werden.

(Angelika Gramkow, PDS:
Sie waren nicht mehrheitsfähig.)

Aus unterschiedlichen Gründen.

Zweitens gehören zu dem Maßnahmenmix Ausgabenkürzungen, man kann auch sagen, Sparen. Durch Änderungen an Bundesleistungsgesetzen und durch Personalmaßnahmen sollen insgesamt 128 Millionen Euro eingespart werden, dazu gehört auch der Abbau von 2.000 Stellen in der Landesverwaltung. Es bleibt aber das Ziel der SPD-Fraktion, betriebsbedingte Kündigungen zu

vermeiden und, so wie in den anderen Bundesländern, durch Verhandlungen mit den Gewerkschaften Einkommensverzicht gegen Kündigungsschutz zu vereinbaren. Bei den Bundesgesetzen geht es um Subventionsabbau, um Änderungen unter anderem am Wohngeldgesetz, Betreuungsgesetz oder Gerichtskostengesetz. Weitere Ausgabenkürzungen sind unter anderem durch pauschale Minderausgaben in den Ressorts von 81,4 Millionen Euro, durch Kürzungen bei den Kommunalfinzen in 2005 von 53,2 Millionen Euro, beim Hochbau von 16 Millionen Euro und bei den Landesgesetzen von 14,4 Millionen Euro zu erbringen. Insgesamt sollen damit für 2004 und 2005 durch Ausgabenkürzungen 311 Millionen Euro eingespart werden. Hinter diesen trockenen Zahlen, meine Damen und Herren, verbergen sich viele schmerzhaft Entscheidungen, die aber leider aufgrund der dramatischen Finanzsituation aus unserer Sicht unvermeidbar sind.

Drittens gehört zu dem Maßnahmenmix politische Prioritätensetzung. Es geht uns eben nicht nur um Sparen, Sparen, Sparen, es geht uns auch um politische Schwerpunktsetzung. Die SPD-Fraktion hatte sich das Ziel gesetzt, nicht nur über Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen zu reden, um die komplizierte Finanzsituation zu meistern, sondern auch durchaus durch neue Prioritätensetzung Mehrbedarfe in einigen wenigen Bereichen zu realisieren.

Ich bin sehr froh, dass es uns konkret an drei Punkten gelungen ist, dieses zu realisieren. Dazu gehört erstens, dass die kommunale Finanzausstattung für 2004 abweichend vom Haushaltsplanentwurf um 35 Millionen Euro verbessert wird. Dies sind immerhin 13 Euro pro Einwohner für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, rund 8 Euro pro Einwohner für die Landkreise und 17 Euro pro Einwohner für die kreisfreien Städte. Für Schwerin bedeutet das unter anderem 1,6 Millionen Euro, für den Landkreis Müritz – dafür habe ich es natürlich zuerst berechnet, damit wir wissen, was wir dann noch haben – immerhin 500.000 Euro, für Waren 280.000 Euro, für Malchow 100.000 Euro, für eine Gemeinde mit 1.000 Einwohnern etwa 13.000 Euro und für eine Gemeinde mit 500 Einwohnern demzufolge 6.500 Euro, Geld, was unsere Kommunen in 2004 dringend benötigen, denn schließlich geht es darum, die Leistungsfähigkeit der Kommunen für die Übergangsphase in 2004 entscheidend zu verbessern. Ich glaube, dass uns das hiermit gelungen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ab 2005 ist zu erwarten, dass sich die Finanzlage der Kommunen auch in unserem Land etwas verbessern wird. Dazu tragen die Gemeindefinanzreform und die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe mit jeweils circa 2,5 bis 3 Milliarden Euro bundesweit bei. Für die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet das für 2005 in etwa ein Plus von immerhin über 50 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, zweites Hauptziel für die SPD-Fraktion war die Absicherung einer hundertprozentigen Unterrichtsversorgung, für die immerhin zusätzlich 13 Millionen Euro eingesetzt werden, um noch einmal 200 Stellen für das nächste Schuljahr finanzieren zu können.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Für weitere 100 Stellen wird eine haushaltsrechtliche Ermächtigung vorgesehen, um zusätzliche Mittel im Wege

der Umschichtung je nach Bedarf bereitzustellen. Durch Standardveränderungen und durch Stundenzahlenhebung bei den Lehrern soll der Mehrbedarf an Stellen weiter reduziert werden. Allerdings ist uns auch klar, mittelfristig sind weitere strukturelle Maßnahmen notwendig, um Reserven im System zu erschließen, damit die hundertprozentige Unterrichtsversorgung weiterhin gewährleistet werden kann. Geld von außen kann nicht der Weg sein. Wir müssen hier einfach die Effizienz gründlich überprüfen.

Drittes Hauptziel für die SPD-Fraktion war die Ausfinanzierung der Werftenbeihilfe. Der Finanzausschuss, darüber freuen wir uns, hat bereits am 10. Dezember eine Aufstockung der Hilfen um rund 13 Millionen Euro für 2004/2005 und insgesamt bis 2007 über 26,3 Millionen Euro beschlossen.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Für diese beschäftigungssichernde Auslastung unserer Werften ist das eine unverzichtbare Maßnahme, denn schließlich geht es bei der maritimen Verbundwirtschaft in unserem Land um über 10.000 Arbeitsplätze, eines der wichtigsten Standbeine, die natürlich selbstverständlich für uns unverzichtbar sind.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Mix

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

aus Einnahmeverbesserungen, Herr Born, Ausgabenkürzungen und Mehrbedarfen durch politische Prioritätensetzungen haben wir insgesamt noch ein Defizit für 2004 und 2005 in Höhe von 91 Millionen Euro, das durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme gedeckt werden soll. Dazu kommen noch die weiteren 100 Millionen Euro für 2004/2005 insgesamt durch die Ergebnisse im Vermittlungsausschuss. Ich bin der Meinung, dass es durch diese Maßnahmen zur Einnahmeverbesserung und Ausgabenreduzierung, die ich hier kurz darstellen konnte, gelungen ist, die zusätzliche unverzichtbare Kreditaufnahme auf eine verantwortbare Höhe zu begrenzen und damit für 2005 und die folgenden Jahre die Voraussetzungen für die Einhaltung der verfassungsgemäßen Kreditobergrenze zu sichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den Vorschlägen der CDU-Opposition – Herr von Storch wird noch konkret darauf eingehen, Herr Rehberg hat hierzu schon etwas erläutert und es gibt auch eine Pressemitteilung der CDU-Fraktion – ist folgendes zu sagen: Zu dem alten Ladenhüter „zwei Ministerien streichen und Landesämter zusammenlegen“ sagen wir, es ist durchaus denkbar, dies zu überprüfen, aber 10 Millionen Euro irgendwann demnächst einzusparen, ist auch nicht der große Wurf, aber es ist sicherlich eine wichtige Frage. Aber schon der nächste Punkt hat mich doch ziemlich vom Hocker gehauen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sind Sie jetzt noch hier oder nicht?)

und zwar als ich in der Zeitung lesen durfte, dass die CDU beabsichtigt, das Weiterbildungsgesetz zu streichen, sowohl für Weiterbildung, Fortbildung, allgemeine Bildung und politische Bildung. Das, das muss ich schon sagen, wäre für unser Land politisch eine Katastrophe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich weiß nicht, inwieweit diese Damen und Herren überhaupt wissen, worüber sie reden, was es überhaupt bedeuten würde. Beim Bildungsfreistellungsgesetz sind es 370.000 Euro, aber in der Pressemitteilung der CDU – Herr Rehberg hat es dargestellt – wird von 20 Millionen Euro in diesem Bereich gesprochen. Es wäre das Aus für Bildung, Fortbildung, allgemeine Bildung und politische Bildung in unserem Land. Dies ist von der CDU ganz offensichtlich so gewollt oder Sie wussten nicht, was Sie tun.

Wenn vorgeschlagen wird, die Programme der EU und des Bundes nicht vollständig in Anspruch zu nehmen, so nach dem Rasenmäherprinzip mal zehn Prozent Kürzungen, bringt das vielleicht – oder ich sage mal nicht vielleicht, man hat es wahrscheinlich richtig berechnet – 30 Millionen Euro. Nur ich frage mich natürlich: Warum gibt es in den Erklärungen der CDU keine konkrete Unterbrechung? Welche Programme der EU und des Bundes sollen gekürzt werden? Wo, bei welchen Programmen will man darauf verzichten, Infrastruktur in unserem Land zu entwickeln? Wo, bei welchem Programm will man Arbeitsplätze gefährden? Damit will ich nicht gesagt haben, dass es nicht gilt, diese Programme kritisch zu hinterfragen. Allerdings sehe ich im Moment kurzfristig hier überhaupt keine Möglichkeit, entscheidend unseren Landeshaushalt zu entlasten beziehungsweise auf die Infrastrukturentwicklung zu verzichten.

Der Punkt „Erhöhung von Gebühren für Gerichtskosten“ wurde von uns natürlich auch überprüft. Ich verweise hier auf Bundesgesetz, es ist Bestandteil auch unseres Gesamtplans. Hier gibt es also sicherlich einen gemeinsamen Ansatzpunkt. Ich will das an dieser Stelle aber gar nicht weiter politisch werten, das werden die Fachpolitiker tun.

Aber den nächsten Punkt kann ich bewerten. Sächliche Verwaltungsausgaben sollen in 2004/2005 insgesamt mit einer Summe von 70 Millionen Euro abgesenkt werden. Es gibt diesen Punkt natürlich auch bei unseren Einsparvorschlägen, allerdings für 2004 und 2005 in einer Summe von 16 Millionen Euro als Bestandteil der pauschalen Minderausgaben. Also wer sich hier hinstellt und meint, er könnte für 2004/2005 70 Millionen Euro bei sächlichen Verwaltungsausgaben sparen – das sage ich hier in aller Deutlichkeit –, der weiß nicht, wovon er redet. Es ist einfach nicht realistisch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Der nächste Punkt ist auch interessant: Kürzungen und Streichungen bei Beamten – beim Sonderzahlungsgesetz haben wir es gemacht – entsprechend auch auf die Angestellten zu übertragen. Der CDU ist sicherlich bekannt, dass dies nur Gegenstand von Tarifverhandlungen sein kann, und insofern bin ich schon gespannt, wie denn die CDU die Frage beantwortet, die sie selbst gestellt hat, wie von Herrn Rehberg. In der Pressemitteilung der CDU findet sich auch, wie kann es anders sein oder vielleicht doch überraschend, immerhin die deutliche Aussage, dass man beabsichtigt, beim Personalüberhang 2.000 Stellen abzubauen. Hier stand natürlich auch die Frage, die Herr Rehberg gestellt hat: Wie wollen Sie denn damit klarkommen, liebe CDU-Fraktion? Ich glaube, unser Weg, den wir hier aufgezeigt haben, ist deutlich. Allerdings muss ich auch deutlich sagen, eine Einsparung von 100 Millionen Euro – ich weiß nicht, welchen Taschenrechner Sie da hatten –, das wird vermutlich so nicht aufgehen.

Und dann habe ich mich natürlich bei einem Punkt außerordentlich gewundert. Ich kann mich an die vollmundigen Beiträge von CDU-Politikern auf der Regionalkonferenz zu Kommunalfinzen erinnern,

(Heinz Müller, SPD: Oh ja!)

eine Veranstaltung vom Landkreistag und vom Städte- und Gemeindetag. Ich habe die Pressemitteilungen der CDU gelesen, ich habe die entsprechenden Veröffentlichungen in der SVZ und im „Nordkurier“ gelesen, ich habe auch heute aufmerksam zugehört bei Herrn Rehberg – vielleicht wird uns ja Herr von Storch noch erhellen –, aber nirgendwo habe ich auch nur einen Euro gefunden für die Verbesserung, für die Erhöhung der Kommunalfinzen, keinen einzigen Euro.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich kann für mich selbst die Schlussfolgerung ziehen, woran das möglicherweise liegt, denn bei all Ihren Vorschlägen durch die Bank geht es um Sparen, Sparen, Sparen à la Koch, à la Teufel, à la Wulf, aber nicht um politische Schwerpunktsetzung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Sie haben ganz einfach Schwierigkeiten bei Ihren vollmundigen Versprechungen, die sie machen, diesen Spagat hinzukriegen zwischen dramatischer Finanzsituation und Ihren Versprechungen in der Öffentlichkeit. Und das Konzept – ich habe versucht, es nachzurechnen, Herr von Storch – ist einfach auch nicht durchgerechnet. Für 2004 komme ich auf eine Summe von 100 Millionen Euro. Die Mindereinnahmen durch die neue Steuerschätzung betragen 210 Millionen Euro. Differenz: 100 Millionen Euro. Na ja, wenn die sich im Vermittlungsausschuss verrechnen, kann man sich hier auch mal um 100 Millionen Euro verrechnen. Aber das ist keine seriöse Finanzpolitik. So kann man nicht an dieses Problem herangehen. Und für 2005 finde ich dann 350 Millionen Euro gegenüber der Steuerschätzung von 280 Millionen Euro. Das ist scheinbar richtig gerechnet, aber wenn man sich die 350 Millionen Euro anguckt im Detail, muss man natürlich eine Reihe von Luftbuchungen feststellen. Also an dieser Stelle keine seriöse Finanzpolitik durch die CDU-Opposition.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und es bleibt selbstverständlich, da lasse ich auch nicht locker, die Frage im Raum stehen: Wo sind die versprochenen Mehrbedarfe und die versprochenen Verbesserungen für die Kommunalfinzen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD wird den eingeschlagenen Konsolidierungskurs unbeirrt fortsetzen. Das heißt für uns nicht nur sparen, sondern auch weiterhin trotz aller Finanzzwänge Politik gestalten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ziel bleibt die Absenkung der Nettoneuverschuldung auf null, falls die bundespolitischen Rahmenbedingungen dies zulassen werden. Als Zwischenschritt muss es uns gelingen, in 2005 die verfassungsgemäße Kreditobergrenze einzuhalten, und ab 2006 und in den folgenden Jahren soll die Kreditaufnahme ja deutlich abgesenkt werden. Das ist unser erklärtes Ziel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die jetzt in die Wege geleiteten Maßnahmen, und ein Teil wurde hier heute dargestellt, sind also bereits Bestandteile eines

konkreten Konzepts der SPD zur Beseitigung der konjunkturellen und strukturellen Haushaltsdefizite unseres Landes. Aber angesichts der katastrophalen Finanzsituation ist es ganz wichtig, dass sich alle politischen Kräfte unseres Landes auf einen Grundkonsens zur Lösung der Probleme verständigen, denn dies erwarten die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes von allen Parteien.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich denke,
dass das nicht möglich sein wird.)

Ich möchte hiermit die Überweisung an den Finanzausschuss beantragen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ein guter Ansatz.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. von Storch von der Fraktion der CDU.

Dr. Henning von Storch, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In dieser fortgeschrittenen Stunde

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

noch Details zu dem Nachtragshaushalt und zu all dem beizutragen, was wir bisher schon erörtert haben, ist ein bisschen mühsam. Ich konnte aber von hinten beobachten, dass bei uns der harte Kern noch da ist,

(Unruhe bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Ich komme
auch noch! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

und bei Ihnen hatte ich den Eindruck, dass jeder sein Ding machte. Ich glaube ...

(Rudolf Borchert, SPD: Wir sind hier
stark vertreten. – Heike Polzin, SPD:
Wir sind hellwach, Herr von Storch.)

Bitte?

(Heike Polzin, SPD: Wir sind hellwach.)

Ja, das fällt mir jetzt auf, da haben Sie Recht.

(Rudolf Borchert, SPD: Wir sind
stark! Wir sind stark vertreten.)

Ja, das respektiere ich auch.

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Einführung durch die Finanzministerin gehört. Sie hat berichtet von den Ergebnissen aus dem Vermittlungsausschuss. Ich gehe davon aus, da beide Seiten Konzessionen gemacht haben, dass wir es hier mit einem Minimalkonsens zu tun gehabt haben. Und es stellt sich schon die Frage, jedenfalls mir stellt sie sich, ob dieser Minimalkonsens im Vermittlungsausschuss Deutschland als Standort für ausländische Investoren attraktiv genug gemacht hat. Es gilt abzuwarten, ich habe meine Zweifel.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr.)

Es ist in der Tat so, dass wir nach wie vor das Problem haben, dass unsere Kommunen zu kurz kommen. Man kann das hin und her rechnen, meine Kolleginnen und Kollegen. Tatsache ist, wenn man einen Blick in kommunale

Haushalte wirft, dass es da tatsächlich am engsten ist. Und warum ist es am engsten? – Weil es uns nicht gelingt, weil es dem Bund und dem Land nicht gelingt, die Kommunen von dem Großteil der sozialen Belastungen – auch in der Form der Grundsicherung – zu befreien. Und das müssen wir uns immer wieder sagen. Wir lassen in Bezug auf die sozialen Belastungen, die permanent zunehmen, unsere Kommunen im Stich,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

das heißt, wir geben ihnen nicht das, was sie brauchen, um ihren Aufgaben als kommunale Selbstverwaltung gerecht zu werden.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Und, meine Damen und Herren, gerade jetzt, am 18. Dezember, ist im Kreistag von Nordwestmecklenburg ein PDS-Antrag beschlossen worden, der lautet, ich darf zitieren, Frau Präsidentin: „Der Landrat wird beauftragt, sich direkt und unverzüglich an den Bundeskanzler mit der Forderung zu wenden, dem Kreis Nordwestmecklenburg die ausstehenden Mittel zur Finanzierung der Grundsicherung für 2004“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch was.)

„in Höhe von 518.000 Euro und für 2003 rückwirkend“

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD)

„in etwa der gleichen Höhe zuzuweisen.“

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren, das ist ein Notschrei der kommunalen Selbstverwaltung!

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Gesine Skrzepski, CDU)

Der Herr Ministerpräsident hat davon gesprochen,

(Zurufe von Heike Polzin, SPD,
und Andreas Bluhm, PDS –
Glocke der Vizepräsidentin)

dass man „heilige Kühe“ schlachten soll. Ich bin auch seiner Auffassung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Mit großer Mehrheit.)

Dann müssen wir aber, und er hat etwas zu den Hochschulen gesagt, darauf hinwirken, dass die Hochschulen endlich die ihnen zustehende Autonomie bekommen, damit sie in eigener Verantwortung ihre Zukunft gestalten können. Bis dahin scheint es mir noch ein weiter Weg zu sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Ministerpräsident, Sie haben auch von der Kreisgebietsreform gesprochen. Lassen Sie mich sagen, dass wir der Auffassung sind, dass der Umfang staatlicher Aufgaben in Zukunft, der Abbau staatlicher Aufgaben, die Deregulierung Vorrang haben müssen vor allem anderen. Was soll es eigentlich, wenn wir uns auf fünf Kreise verständigen und erst später mit dem kommen, was am Anfang stehen muss,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

nämlich Abbau von staatlichen Aufgaben? Ich greife den Zwischenruf auf. Natürlich geht das nicht von heute auf morgen, das wissen wir alle. Aber, meine Damen und

Herren, ich hatte ja auch mal das Vergnügen, Landrat zu sein. Mir kann keiner erzählen, dass große Kreise rationaler und billiger arbeiten. Das habe ich noch nirgendwo gefunden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und ich erlebe es im Kreis Bad Doberan, meine Damen und Herren, dass wir heute noch nicht die Gebietsreform von 1994 als Kragenkreis um Rostock verkraftet haben. Und wenn ich mir vorstelle, was für ein Riesengebilde mit Rostock, Bad Doberan und Güstrow geschaffen werden soll, dann wird einem angst und bange. Dann ist es um die kommunale Selbstverwaltung geschehen, das ist zu befürchten.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Und darum, glaube ich, wir dürfen das Pferd hier nicht am Schwanz aufzäumen mit der Kreisgebietsreform. Fangen wir an, bauen wir Gesetze ab! Und dann sehen wir, was an Kernaufgaben des Staates noch notwendig ist. Dann können wir eine Gebietsreform so schneiden, wie wir sie daraufhin brauchen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Nur in dieser Reihenfolge hat die Verwaltungsreform Zukunft.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle reden vom Sparen. Und immer wieder beschleicht einen der Gedanke, dass die Menschen – das ersehen wir aus der Stimmung in der Bevölkerung – Sorgen haben. Ich glaube, wir müssen uns auch in dieser Stunde bewusst machen, dass Sparen nicht heißt, den Menschen weiter Ängste einzujagen, sondern wir müssen ihnen die Ängste nehmen. Wir müssen ihnen vor allem die Ängste davor nehmen, dass alles härter, kälter und unbarmherziger wird. In der Öffentlichkeit verdichtet sich zu sehr der Eindruck, dass Sparen zu tiefe, auch menschliche Einschnitte zur Folge hat.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch zu vielem anderen Stellung nehmen, auch dazu, Herr Kollege Borchert, dass Sie schon apodiktisch gesagt haben, der Haushalt 2004/2005 wird verfassungskonform. Das wollen wir erst einmal in Ruhe beraten. Ich meine, so schnell geht das nicht.

Nun haben Sie sich bereits mit den CDU-Vorschlägen zum Sparen auseinander gesetzt, bevor wir eigentlich überhaupt die Chance hatten, sie hier in diesem Hause zu ...

(Heinz Müller, SPD: Haben Sie noch nie etwas zum Haushalt gesagt in Ihrer Fraktion? Ich staune immer mehr! – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich komme noch darauf, keine Sorge!

(Heinz Müller, SPD: Wir sind sehr gespannt!)

Wir wollen zunächst einmal festhalten, dass der Nachtragshaushalt eingebracht ist.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Das Wesentliche hat Ihnen unser Fraktionsvorsitzender bereits vorgetragen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Uns geht es in der Tat darum,

(Heinz Müller, SPD: Also doch!)

dass wir über diesen notwendigen zweiten Nachtrag hinweg den Blick auf die Zukunft 2004/2005 richten. Und so haben wir, meine Kolleginnen und Kollegen, in einem umfangreichen Papier Stellung genommen zu einer Vielzahl von Vorschlägen. Das mögen Sie als Ladenhüter abtun, aber die Tatsache, dass Sie die Frage der Kabinettsreform jetzt selber aufgreifen, beweist, dass es gar kein Ladenhüter sein kann.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Wir glauben, und das hatte ich eben gesagt, dass Funktional- und Verwaltungsreform tatsächlich mit Leben erfüllt werden müssen, dass wir freiwillige Landesleistungen streichen müssen, dass wir tatsächlich auf eine vollständige Drittmittelbindung verzichten müssen, dass wir Förderprogramme straffen und zum Teil auch aufgeben müssen. Und so haben wir eine Vielzahl von Einzelvorschlägen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, ich werde mir zwei Tage vor Weihnachten nicht mehr die Mühe machen, Ihnen im Detail zu erzählen, was wir vorhaben.

(Rudolf Borchert, SPD: Bekommen wir das schriftlich, Ihren Vorschlag?!)

Ich erlaube mir, der Frau Finanzministerin ...

(Zuruf von Peter Ritter, PDS – Heiterkeit bei Dr. Martina Bunge, PDS)

Nun hören Sie doch mal ausnahmsweise zu!

Ich erlaube mir, der Frau Finanzministerin ein Exemplar unserer Vorschläge zur Verfügung zu stellen,

(Zuruf und Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

dem Kollegen Borchert, damit er weiß, wovon er redet,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig!)

und der Frau Kollegin Gramkow in gleicher Weise. –

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Die Rede hatte einen Vorteil: Sie war kurz. – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Heike Polzin, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort die Vorsitzende der Fraktion der PDS Frau Gramkow. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mecklenburg-Vorpommern wird mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt des Jahres 2003 eine Neuverschuldung von 1 Milliarde und 51 Millionen Euro erreichen. Und diese Neuverschuldung war nur im Jahr 1994 höher. Das bedeutet:

1. Wir haben seit drei Jahren dramatische Einnahmeausfälle. Das Einnahmeniveau hat das Jahr 1995 erreicht.

2. Wir haben im Durchschnitt ein stagnierendes Wirtschaftswachstum.

3. Wir haben eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und eine zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit.

4. Wir haben explodierende Sozialhilfe- und Jugendhilfekosten.

5. Wir haben – Zitat – eine ernsthafte „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“, zumindest aber eine „schwerwiegende Störung oder unmittelbare Bedrohung der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung des Landes.“, so sinngemäß Artikel 65 Absatz 2 der Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern.

6. Deshalb übersteigen die notwendigen Kredite die eigenen Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern.

7. Deshalb ist der Konsolidierungskurs der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern vorerst gestoppt.

Ursächlich dafür sind gesamtwirtschaftliche Entwicklungen in Deutschland und Europa, natürlich insbesondere steuerpolitische Maßnahmen. Und einen Fehler, Herr Rehberg, gesteht man ein, man macht ihn aber kein zweites Mal.

Die Länder und Kommunen sind in hohem Maße abhängig von diesen bundespolitischen Entscheidungen und natürlich auch unser Land. Die bundespolitische Antwort lautet, hoch gelobt auch in diesem Haus: Deutschland bewegt sich. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wohin? Ja, das so genannte Reformpaket der Agenda 2010 belastet die Länderhaushalte weniger als geplant. Welch großartiger Erfolg angesichts dessen, dass Mecklenburg-Vorpommern zwar einen verfassungskonformen Haushalt nach Artikel 65 Absatz 2, aber keinen verfassungsgemäßen Haushalt für 2003 und 2004 vorlegen kann! Es lässt sich eben nicht beschönigen. Und nach den Berechnungen ist es auch nachzuweisen, im Saldo wird es keine spürbaren Entlastungen geben, insbesondere nicht für Ostdeutschland. Nach 13 Jahren deutscher Einheit hat es den Anschein, als haben die Regierenden den Osten längst aufgegeben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na!)

Auch der Kompromiss ist wohl kein Angebot für Ostdeutschland. Er ist eher eine glatte Ohrfeige. Und dabei übersehen wir nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger ab kommendem Jahr weniger Steuern zu entrichten haben. Wir übersehen aber auch nicht, dass das Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“ funktioniert, denn insbesondere für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen wird wenig im Portemonnaie übrig bleiben. Durch höhere Zuzahlungen im Gesundheitswesen, höhere Abgaben und Gebühren wird ihnen das Geld doch wieder aus der Tasche gezogen. Darüber hinaus werden die Pendlerinnen und Pendler gerade auch in unserem Bundesland von den Kürzungen Betroffene sein. Und die Rechnungen des Steuerzahlerbundes, wonach es letztlich ein Nullsummenspiel ist, treffen doch den Nagel auf den Kopf.

Die mehr als vier Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland haben gar nichts von dem Kompromiss. Im Gegenteil, sie sind das letzte Glied in der Kette und damit diejenigen, die die Zeche bezahlen. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau, die Verschärfung der Zumutbarkeitsre-

geln für Langzeitarbeitslose und die Aufhebung des Kündigungsschutzes für Beschäftigte in Betrieben mit unter zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – diese Maßnahmen lehnen wir konsequent ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Damit wird nicht ein existenzsichernder Arbeitsplatz geschaffen, sondern lediglich der Druck auf Arbeitslose, auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöht. Rot-Grün und Schwarz-Gelb gehen beim Kündigungsschutz bis nach Kohl zurück und lassen 5,3 Millionen Menschen im Regen stehen. Die soziale Abwärtsspirale wird weiter beschleunigt. Deutschland bewegt sich, wir sagen, ins sozialpolitische Abseits!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Für einen mehr als zweifelhaften Konjunkturimpuls wird soziale Ungerechtigkeit in Kauf genommen. Ich frage Sie: Wohin ist Deutschland geraten? Die PDS kann und wird diesen Weg nicht mit verantworten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was heißt das nun?)

Viel Hoffnung hatten auch die Städte und Gemeinden in die Gemeindefinanzreform.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was hat das konkret zu bedeuten?)

Sie ist in meinen Augen gescheitert – keine Umwandlung in eine Gemeindefinanzsteuer, die die Freiberufler einbezogen hätte und eine verstärkte Hinzurechnung von Zins-, Miet- und Leasingzahlungen vorgesehen hat, kein Sofortprogramm zur Entwicklung der kommunalen Infrastruktur, wie es doch auch die CDU/CSU stadtein, stadtaus, landab, landauf gefordert hatte. Und das ist alleine Schuld von CDU und CSU!

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Stattdessen bleibt eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage. Die vorangegangene Erhöhung war zur Finanzierung der Steuerreform im Jahr 2000 veranlagt worden. Diese Veränderung bedeutet etwa 2,5 Milliarden Euro insgesamt mehr für die Kommunen. Aber davon wird gerade bei den ostdeutschen Kommunen wenig ankommen. Das Gewerbesteueraufkommen im Osten beträgt doch lediglich 30 Prozent des Westniveaus. Die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern werden im Jahr 2004 eine Entlastung von 23 Millionen Euro haben.

Die PDS, auch die Landtagsfraktion der PDS hier in Mecklenburg-Vorpommern, hat seit langem die Rücknahme der Gewerbesteuerumlageerhöhung gefordert. Uns ging und geht es um eine schnelle Verbesserung der Haushaltslage der Kommunen. Dennoch ist die günstigere Gewerbesteuerumlage kein Ersatz – und ich sage es hier klar – für weitgehend dringende erforderliche Reformen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Eine wirkliche Gemeindefinanzreform steht noch aus und wir werden sie auch weiterhin vehement einfordern.

Jetzt, meine Damen und Herren, heißt das geflügelte Wort Steuervereinfachung. Der große Kanzler bietet der CDU/CSU Gespräche an.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, große.)

Er meint aber Steuervereinfachung ohne weitere Steuerreduzierung. Die CDU/CSU meint radikale Steuerverein-

fachung mit Steuerentlastung. Und ich habe gehört, 10 Milliarden Euro. Nach dem Theater der letzten Wochen einigen wir uns doch auf die Hälfte. Fakt ist: Eine Entlastung für Mecklenburg-Vorpommern und unsere gemeinsame Politik wird es nicht geben. Wesentliche steuerpolitische Forderungen, die die Einnahmesituation der Länder und Kommunen verbessern, wie die Wiedererhebung der Vermögensteuer, eine konsequentere Form der Erbschaftsteuer, eine gerechtere Unternehmensbesteuerung und eine wirkliche Gemeindefinanzreform, sind leider gegenwärtig nicht mehrheitsfähig in der Bundesrepublik Deutschland.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist wohl wahr.)

Also bleibt auch für uns in Mecklenburg-Vorpommern nur, den Verkauf von Landeseigentum zu prüfen, die Erhöhung von Gebühren und Abgaben vorzunehmen, der Versuch, weitere Einnahmen der Europäischen Union vorzuziehen. Das wichtigste und leider fast einzige Steuerungselement ist, die Ausgaben des Landes zu reduzieren. Hier sind wir gezwungen, weiter drastisch einzuschneiden, um die Verfassungsmäßigkeit der Haushalte einzuhalten. Und hier unterscheidet sich dann auch die Politik in den Ländern je nach Regierungsfarbe:

1. Die PDS und ihre Fraktion haben trotz der dramatischen Haushaltslage des Landes für 2004 35 Millionen Euro mehr als geplant für die Kommunen durchsetzen können.
Die Kommunen werden somit an den Steuermindererträgen mit 25 Millionen Euro beteiligt. Das ist ein beachtliches Ergebnis, denn in allen anderen ostdeutschen und westdeutschen Ländern wird massiv bei den Kommunalfinanzen gekürzt. Ich will noch zwei Beispiele hinzufügen: in Brandenburg 100 Millionen Euro, in Sachsen 160 Millionen Euro. Wir wollten keine weiteren Reduzierungen zulassen im Vertrauen auf die Umsetzung des Finanzausgleichsgesetzes des Jahres 2004.
2. Die PDS-Fraktion hat zusammen mit dem Bildungsminister und der SPD-Fraktion durchgesetzt, dass im Schuljahr 2004/2005 die Voraussetzungen für eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung über mehrfinanzierte Stellen von Lehrerinnen und Lehrern getroffen werden und ein umfangreiches Maßnahmenpaket, das wehtun wird, zu schulpolitischen Entscheidungen vorgelegt wird.
3. Die PDS-Fraktion trägt für den Haushalt 2004/2005 mit, dass möglichst alle Bundes- und Europamittel durch das Land kofinanziert werden.
Außer Sachsen leistet sich das kein anderes Bundesland mehr. Dies ist notwendig, weil die Vorbelastungen aus Verpflichtungsermächtigungen eine kurzfristige Reaktion nicht ermöglichen. Wir fordern allerdings eine Überprüfung der Förderkulisse und der Förderbereiche, dass zum Beispiel Maßnahmen der Gesundheitswirtschaft, des Denkmalschutzes oder auch der Schulsanierung zukünftig förderfähig werden. Und wir setzen uns für eine weitgehende Umstellung von Zuschussprogrammen auf Darlehen, wie sie erst in der letzten Woche durch die Unternehmerverbände in Mecklenburg-Vorpommern gefordert worden sind, ein.
Insgesamt, meine Damen und Herren, können wir feststellen, dass die Mittel für die Wirtschaftsförderung, die Förderung der ländlichen Räume und die Arbeits-

marktpolitik auf hohem Niveau fortgeführt werden. Das ist unabdingbar und notwendig angesichts der Reduzierungen von so genannten Subventionen der Bundesebene. Und ich meine hier die Mittel aus dem Regionalisierungsgesetz, dem Personenbeförderungsgesetz und dem allgemeinen Eisenbahngesetz, wo vier Prozent über die nächsten drei Jahre, insgesamt zwölf Prozent der Mittel, reduziert werden und die dann auch drastische Auswirkungen auf die Situation der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern haben, und zwar insbesondere über den Schienenpersonennahverkehr und den öffentlichen Personennahverkehr dieses Landes.

(Egbert Liskow, CDU: Das habt ihr doch so beschlossen!)

Zum Glück haben wir das so nicht beschlossen, zum Glück, Herr Liskow. Und ich bin sehr froh, dass ich das heute hier sagen kann.

4. Wir sichern die Neugestaltung des Kindertagesstättengesetzes in Mecklenburg-Vorpommern, damit Bildung früher beginnt, die Ausfinanzierung des Landespflegegesetzes mit dem Landespflegegeld nur in Mecklenburg-Vorpommern, eine stabile Jugendförderung und die soziale Beratungsstruktur.

Bei der Krankenhausförderung wird es keinen Abstrich geben und die nachhaltige ökologische Entwicklung im Land wird kontinuierlich fortgesetzt.

Wer das will, meine Damen und Herren, der muss auch sparen. Und deshalb muss es eine Reduzierung der Personalkosten in Mecklenburg-Vorpommern geben. Die PDS-Fraktion setzt sich mehrheitlich dafür ein, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, aber Arbeitszeitverkürzungen möglichst sozial gestaffelt zu erreichen und einen Einstellungskorridor zu entwickeln, der Nachwuchs für die Landesverwaltung sichert. Dies gilt sowohl in Ausbildung wie auch in Beschäftigung. Dazu ist es notwendig, über eine Aufgabenanalyse kurzfristig wegfallende Stellen zu untersetzen. Und, Herr von Storch, ich hätte gerne gewusst, angesichts der Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden, wie Sie die 109 Millionen Euro, die Sie durch Personalabbau und die Übertragung von beamtenrechtlichen Regelungen auf Angestellte erreichen möchten, tatsächlich realisieren wollen, wenn Sie auf der anderen Seite massiv Bereiche innerhalb des Landeshaushaltes schützen. Leider haben Sie dazu vorhin nichts gesagt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Kein Problem, kein Problem.)

Der staatliche Hochbau, Herr Rehberg, wird gestreckt und gestrichen. Der Hochschulbau wird davon weitgehend verschont.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nachdem das jahrelang nicht ging, Frau Gramkow.)

Die Einsparumlage von 40 Millionen Euro über alle Ressorts – sie bezieht sich sowohl auf die Personalausgaben, die sächlichen Verwaltungsausgaben als auch auf Investitionen und Landesprogramme – ist notwendig, auch wenn wir in jedem Jahr sächliche Verwaltungsausgaben drastisch eingespart haben. Und letztendlich werden wir ebenfalls die landesgesetzlichen Regelungen hinterfragen, sie können nicht unberücksichtigt bleiben. Dazu zählt die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes, das nicht einfach ausläuft, Herr Rehberg, wie Sie gesagt haben, sondern gegenwärtig auch 400 Betroffene im Land hat,

nämlich Auszubildende sowie Studentinnen und Studenten.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Dies alles sind politisch schwerwiegende Entscheidungen. Und wir machen es uns dabei nicht so leicht wie die CDU, die mal schnell 450 Millionen Euro einsparen will. Mehr Schein als Sein, kann ich dazu eigentlich nur sagen. Natürlich ziehen Sie Maßnahmen heran, die auch die Landesregierung sieht und vorhat. Aber wer Lotto-Toto verkaufen will, verkauft jährliche Einnahmen von über 22 Millionen Euro, Tendenz steigend, für ein einmaliges Ergebnis. Wer konsumtive Einnahmen bei der Gemeinschaftsaufgabe streichen will, streicht auch Planungsleistungen für dieses Land. Wer den Zukunftsfonds abwickeln will, hat seinen politischen Wert unter anderem für die Multimediaausstattung in Schulen, die Technologieförderung oder die Risikokapitalbereitstellung nicht erkannt. Interessante Ansätze sind zum Beispiel das Streichen von Verpflichtungsermächtigungen oder das Erreichen von Privatisierungserlösen, was für die PDS zum Beispiel auch eine Eigenkapitalverzinsung ausmachen könnte. Leider konnten wir uns in den Verhandlungen mit der SPD mit solchen Vorschlägen nicht durchsetzen. Nichtsdestotrotz werden auch wir Ihre Vorstellungen in den Haushaltsberatungen gründlich prüfen und diskutieren.

(Egbert Liskow, CDU: Da bin ich ja mal gespannt.)

Für die PDS-Fraktion, meine Damen und Herren, hinterlassen die politischen Entscheidungen zum Doppelhaushalt 2004 und 2005 Spuren und offene Fragen. Müssen wir nicht die Stärken des Landes fördern und die Schwächen schwächen? Taugt dazu eine Rasenmähermethode jeglicher Art? Können wir uns auf Dauer die Kofinanzierung der Mittel des Bundes und der Europäischen Union leisten, wenn sie nicht effizient sind, weil sie nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen und damit zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit beitragen? Geht es nicht eigentlich um die qualitative Ausgestaltung von Schule und Berufsschule? Und die Unterrichtsversorgung ist eine Randbedingung? Ist eine noch Fünfgliedrigkeit von Schule nicht immer teurer als zum Beispiel eine intelligente Kombination von Schule, Hort und Sozialarbeit?

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Wollen wir unseren Standortvorteil bei den Hochschulen und Universitäten ausbauen, wenn einmal gemachte Prioritäten über einen engen, aber vorhandenen Hochschulkorridor von fünf Jahren vermeintlich leichtsinnig in Frage gestellt werden? Warum gelingt uns eine gemeinsame Kraftanstrengung bei der Werftenhilfe und bei den Hochschulen und Universitäten des Landes nicht? Können wir eigentlich noch genug tun, um den bundespolitischen Widersprüche eine sozial gerechte Politik in Mecklenburg-Vorpommern entgegenzusetzen? Oder auch die Frage: Können wir die Kommunen des Landes Mecklenburg-Vorpommern angesichts einer nicht stattfindenden Gemeindefinanzreform im Regen stehen lassen? Und was passiert eigentlich, was passiert auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft unseres Landes, wenn der so genannte Wachstumsimpuls nicht greifen sollte?

Diese und viele andere Fragen, meine Damen und Herren, hat die Politik zu beantworten. Die PDS-Landtags-

fraktion ist mit ihren Antworten nicht fertig. Ich bedanke mich sehr bei Ihnen, dass Sie mir zu später Stunde zugehört haben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Rudolf Borchert, SPD:
Jetzt geht gleich das Licht aus.)

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Namen der PDS-Landtagsfraktion ein besinnliches Weihnachtsfest, einige Tage der Ruhe und Erholung und für uns ein gemeinsames arbeitsreiches Jahr 2004. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/945 zur Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegen-

probe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich erinnere daran, dass ich die nächste Sitzung des Landtages bereits auf Mittwoch, den 28. Januar 2004, 10.00 Uhr einberufen habe.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich es nicht versäumen, Ihnen allen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, der Verwaltung, Ihren Angehörigen und natürlich Ihnen selbst schöne und besinnliche Feiertage und einen guten Jahreswechsel zu wünschen. Ich hoffe, dass Sie Zeit finden für sich selbst, für diejenigen, die Ihnen wertvoll, lieb und teuer sind, und ich hoffe, dass Sie das, was wir eigentlich am wenigsten haben, nämlich kostbare Zeit, gut nutzen, um sich zu erholen und dann mit viel Kraft und viel Elan in das neue Jahr zu starten. Damit ist die Sitzung geschlossen und ich wünsche Ihnen schöne Festtage.

Schluss: 14.18 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Martin Brick, Andreas Petters, Wolfgang Riemann, Gabriele Schulz und Udo Timm.